

GEDENKDIENTST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog

1/2020

88. Ausgabe

EDITORIAL

Liebe*Lieber Leserin*Leser!

Es ist wieder soweit! Hier ist die Ausgabe 1/20 und die Redaktion würde den Leserinnen*Lesern der Zeitung GEDENKDIENTST gerne ein paar Änderungen an dieser Stelle mitteilen.

Die Redaktion und der Verein GEDENKDIENTST haben sich aus verschiedenen Gründen dazu entschieden, für das Jahr 2019 keine Ausgaben zu publizieren. Aufgrund der neuen und unerwarteten Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie war es uns leider nur möglich, eine Ausgabe im Jahr 2020 umzusetzen. So war auch unsere Arbeit erheblich eingeschränkt: Wir mussten unsere Redaktionssitzungen in digitaler Form durchführen, der Zugang zu Literatur für die Vorabrecherche einer Ausgabe war oft eingeschränkt und auch ein maßnahmenkonformer Versand bereitete uns Kopfzerbrechen. Umso mehr freuen wir uns, dass diese Ausgabe nun endlich vorliegt und sie etwas umfangreicher ist. Wir bitten um euer Verständnis und hoffen, dass ihr die GEDENKDIENTST Zeitung weiterhin genauso gerne lest, wie zuvor, denn die Redaktion blickt mit voller Vorfreude und Motivation Richtung Zukunft.

Der Leitartikel dieser Ausgabe von Nadine Dimmel und Matthias Spadinger gibt Einblick in die Veränderungen und Herausforderungen der Arbeit des Vereins GEDENKDIENTST während der Covid-19-Pandemie. Diese hat auch den (Arbeits-)Alltag der Gedenkdienstleistenden des Jahrgangs 2019/20 gründlich auf den Kopf gestellt. In den beiden Post aus... berichten Matthias Gröller

(Gedenkdienstleistender am *Vilna Gaon State Jewish Museum*) und Elias Walter (*Państwowe Muzeum na Majdanku*) eindrücklich über den Beginn des Gedenkdiens im August 2019 und über ihre Arbeit, sowie wie sie die Auswirkungen der Pandemie an ihren Einsatzstellen erlebt haben.

Johann Kirchknopf skizziert in seinem Artikel die mediale Darstellung des Holocaust und greift damit eine Debatte auf, die seit den ersten medialen Darstellungen geführt wird. Darauf folgt ein Interview über Aspekte der Homosexuellenbewegung in Österreich, das Caroline Schenk mit Andreas Brunner geführt hat. Doris Reinbacher, Gedenkdienstleistende des Jahrgangs 2019/20, hat einen Erfahrungsbericht über die Proteste in Chile 2019 geschrieben, welche sie während des Gedenkdiens an der Einsatzstelle *Hogar Villa Israel* in Santiago de Chile miterlebt hatte.

In den Post aus... berichten Anton Spevak und Nicolas Lang (Jahrgang 2018/19) über die Arbeit an der *Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück* und *JW3 – Jewish Community Centre London / Holocaust Memorial Day Trust*. Unser langjähriges Redaktionsmitglied, Lukas Dünser, hat in persönlichen Worten und Eindrücken den Wechsel der Chefredaktion verfasst. Außerdem stellen wir euch den Jahrgang 2019/20 vor!

Wie üblich findet ihr am Ende dieser Ausgabe die Rezensionen!

Viel Freude am Lesen wünscht,

Christoph Steinberger
Chefredakteur

Inhalt

Editorial	1
Der Gedenkdiens und die Covid-19-Pandemie . . .	2-4
Post aus... Vilnius	5
Post aus... Lublin	6
Die medialen Darstellungen des Holocaust betrachten	7-9
Aspekte der Homosexuellen- bewegung in Österreich	10-13
Das Denkmal im Wiener Resselpark	13
Chile ist aufgewacht	14-16
Die Proteste in Chile 2019/2020	17
Drei Verabschiedungen und ein Willkommen	18
Post aus... London	19
Post aus... Fürstenberg an der Havel	19
Der Jahrgang 2019/20	20-21
vor.gelesen Rezensionen	22-24
Impressum	24

DER GEDENKDIENTST UND DIE COVID-19 PANDEMIE

Wie sich die Pandemie auch auf den Verein GEDENKDIENTST auswirkt:

Die Covid-19-Pandemie traf auch den Verein GEDENKDIENTST völlig unerwartet und bedeutete einen tiefen Einschnitt in unsere Arbeitsweisen.

Einerseits musste das vielfältige historisch-politische Bildungsprogramm während des ersten Lockdown eingestellt werden. Dies betraf nicht nur die Veranstaltungsreihe *Geh Denken!*, sondern auch die Durchführung von Workshops und Studienfahrten. Andererseits mussten wir für viele Gedenkdienstleistende, die sich im März 2020 an ihren jeweiligen Einsatzstellen im Ausland befanden, die Heimreise organisieren. Dieser Artikel zeichnet die vergangenen Monate nach und soll zeigen, wie diese globale Pandemie den Verein und seine vielfältigen Tätigkeiten beeinflusste.

März 2020 und die Rückkehr der Gedenkdienstleistenden des Jahrgangs 2019/20 nach Österreich

Anfang 2020 schien es so, als würde sich die Covid-19-Pandemie nur auf den asiatischen Kontinent ausbreiten. Ende Februar kam es jedoch in Norditalien zu einem massiven und exponentiellen Anstieg von neuen Infektionen – schnell wurden mehrere Regionen unter Quarantäne (wie etwa die Lombardei) gestellt. Die israelische Regierung erließ als eines der ersten Länder einen Einreisestopp. In beiden Ländern hielten sich zu diesem Zeitpunkt auch Gedenkdienstleistende auf. Einige Tage darauf wurden auch von der österreichischen Regierung erste Schritte gesetzt, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Am 16. März 2020 verordnete die Tür-

kis-Grüne-Koalition in ganz Österreich den ersten strengen Lockdown und damit einhergehend die erste Ausgangsbeschränkung. Dieses neue und bis zu diesem Zeitpunkt unerforschte Virus verunsicherte die Menschen und stellte die Regierungen vor unerwarteten Herausforderungen und Unsicherheiten. Auch war unklar, wie lange die Grenzen noch offen bleiben würden. Sehr rasch wurde der Flugverkehr weltweit in rapidem Tempo eingeschränkt. Das *Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten* begann schrittweise, die Reisewarnstufen für die von der Pandemie betroffenen Länder hinaufzusetzen. Damit war für den Vorstand klar, dass die Rückkehr des Jahrgangs schnell organisiert werden musste.

Binnen einer Woche befanden sich fast alle Gedenkdienstleistenden dank der tatkräftigen Unterstützung der Stellenbetreuer*innen¹ und der Ansprechpersonen an unseren Einsatzstellen sowie den Botschaften in den jeweiligen Ländern wieder in Österreich. Für viele Gedenkdienstleistende war es nicht leicht, die Länder, in denen sie seit einem halben Jahr gelebt und gearbeitet hatten, oft von einem Tag auf den anderen verlassen zu müssen – teilweise nahmen sie die letzte Möglichkeit der Rückreise. Der Verein nahm dabei auch ein nicht unerhebliches finanzielles Risiko auf sich, da er zunächst die Kosten für die zum Teil sehr teuren Rückflüge übernehmen musste. Nicht alle Gedenkdienstleistenden konnten aus verschiedenen privaten Gründen und auch aufgrund der verschärften pandemiebedingten Bestimmungen zurück nach Österreich kommen und blieben während der ersten Welle in ihren jeweiligen Einsatzländern. Wir waren im ständigen Kontakt mit ihnen und hatten auch weiterhin ein offenes Ohr für ihre Fragen und Anliegen.

Klärung der finanziellen Förderung, Arbeiten im Homeoffice und die Anerkennung des Gedenkdiensts als Zivilersatz- und Freiwilligendienst

Als nächsten Schritt musste der Vorstand klären, dass die Gedenkdienstleistenden – egal, ob sie sich in Österreich oder noch in ihren Einsatzländern aufhielten – weiterhin versichert bleiben und ihre Förderung erhalten. Für uns war es relevant, dass sie durch diese außergewöhnliche Situation keine zusätzliche finanzielle Belastung auf sich nehmen mussten. Darüber hinaus war es wichtig, dass dem Jahrgang trotz der besonderen Umstände der Gedenkdienst als Zivilersatz- oder Freiwilligendienst anerkannt wird. Schnell und unbürokratisch konnten wir mit dem *Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz*, welches für die finanzielle Förderung des Gedenkdiensts zuständig ist, eine Lösung finden. Um dem Ganzen auch einen adäquaten gesetzlichen Rahmen zu geben, wurde am 4. April 2020 im Zuge des 3. Covid-19-Gesetzes² auch das Freiwilligengesetz³ novelliert. Damit wurde der ortsunabhängige Bezug der Förderung, das Arbeiten im Homeoffice und weiterhin die Anerkennung des Gedenkdiensts als Zivilersatz- und Freiwilligendienst gesetzlich verankert und abgesichert. Diese Novellierung war zunächst nur bis 31. Dezember 2020 gültig. Aber auf unseren Druck und gemeinsam mit anderen Entsendeorganisationen konnten wir erreichen, dass diese Befristung bis 31. August 2021 verlängert wurde. Die finanzielle Belastung des Vereins durch die unerwarteten und teuren Rückflüge konnten wir durch einen Antrag an den *Non-Profit Organisationen Unterstützungsfonds* des *Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport* decken.

Der Jahrgang 2019/20 und der seit Dezember 2020 ausgewählte Jahrgang

Uns war schnell bewusst, dass es aufgrund der Pandemiesituation nun eine intensivere Betreuung der Gedenkdienstleistenden braucht und daher haben wir regelmäßig digitale Treffen angeboten. Einige aus dem Jahrgang gestalteten diese Treffen aktiv mit: Es wurden Spieleabende und Workshops organisiert oder wir trafen uns, um gemütlich zu plaudern. In dieser Zeit haben alle Gedenkdienstleistenden im Homeoffice im In- und Ausland gearbeitet. Dadurch hatten sich ihr Arbeitsalltag und ihre Aufgaben enorm verändert. Für viele gab es anfänglich einige große Herausforderungen: So konnten sie sich mit dem Team an ihrer Einsatzstelle nur mehr in Form von digitalen Meetings austauschen; aber auch veränderten sich ihre bisher üblichen Tätigkeitsfelder. Nach dem Abflauen der ersten Welle und den damit verbundenen Lockerungen in den meisten europäischen Ländern kehrten einige Gedenkdienstleistende auch wieder an ihre Einsatzstellen zurück. Die Arbeitsrealität vor Ort hatte sich allerdings, wie in allen Bereichen, stark verändert. Vor allem unsere pädagogischen Einsatzstellen hatten mit einem massiven Rückgang an Besucherinnen*Besuchern zu kämpfen. Schlussendlich kehrten alle Gedenkdienstleistenden des Jahrgangs 2019/20 spätestens zu ihrem Dienstende am 1. September 2020 von ihren Einsatzstellen zurück nach Österreich.

Auch für den Jahrgang 2020/21 hatte die Covid-19-Pandemie von Anfang an große Auswirkungen. Normalerweise beginnt Mitte März unser Ausbildungsprogramm für die angehenden Gedenkdienstleistenden, welches aus

drei Vorbereitungsseminaren besteht. Schnell war klar, dass alle Seminare digital stattfinden müssen. Auch wenn uns dieser Schritt nicht leicht fiel, war und sind uns die Seminare als Vorbereitung für den Gedenkdienst wichtig. Das erste Vorbereitungsseminar wurde in kürzester Zeit durch das Vorbereitungsteam auf ein digitales Format umgestellt und die Workshops angepasst. Dabei griffen wir vor allem auf das Videokonferenzprogramm *Zoom* und die Lernplattform *Moodle* zurück. Wir spürten, dass die Unsicherheit im Jahrgang bezüglich des Dienstantritts sehr groß war. Bei einigen Einsatzstellen war auch lange nicht klar, ob sie in diesem Jahr Gedenkdienstleistende aufnehmen können. Teilweise waren Museen und Gedenkstätten lange geschlossen, es bestand kaum Bedarf an Vermittlungsangeboten oder die Arbeit während dieser Pandemie war zu sensibel, vor allem in Hinblick auf die Altenbetreuungsstellen. Auch hinsichtlich der Einreisebedingungen in die einzelnen Länder bestand lange Ungewissheit, da sich diese laufend veränderten. Erst im Juni 2020 wurde absehbar, dass der Verein einen Gedenkdienst nicht an allen üblichen Einsatzstellen ermöglichen konnte. Davon betroffen waren die Einsatzstellen in New York (*Leo Baeck Institute*), Washington (*United States Holocaust Memorial Museum*), Monte Sole (*Scuola di Pace*), Buenos Aires (*AFI – Hogar Hirsch*), Tel Aviv (*Anita Müller Cohen Elternheim*) und Jerusalem (*Yad Vashem*). Wir wollten jedoch den Gedenkdienstleistenden die Möglichkeit geben, dennoch im Jahr 2020 einen Gedenkdienst zu leisten. Daher gab der Vorstand ihnen die Möglichkeit entweder einen sogenannten *Fixplatz* für das darauffolgende Jahr anzunehmen, einen *Alternativplatz* an einer anderen

Einsatzstelle in Anspruch zu nehmen oder völlig auf einen Gedenkdienst zu verzichten. Zwei Personen entschieden sich für einen Alternativplatz, vier für einen *Fixplatz* im darauffolgenden Jahr und zwei Personen verzichteten auf einen Gedenkdienst. Diese Vorgehensweise stellte ein Novum in der Geschichte des Vereins dar und war eine absolute Ausnahme. Dieses Prozedere wurde durch die Mitglieder in der Generalversammlung Anfang Oktober 2020 abgestimmt.

Bei der Suche nach Alternativstellen wurden wir stark von den Stellenbetreuerinnen*Stellenbetreuern und den Einsatzstellen unterstützt. Schließlich konnten passende Lösungen für die Gedenkdienstleistenden gefunden werden und der Jahrgang 2020/21 konnte den Gedenkdienst antreten. Während für den Jahrgang der Gedenkdienst gewöhnlich am 1. September beginnt, konnten die Gedenkdienstleistenden der Einsatzstellen in London (*JW3 / Holocaust Memorial Day Trust*) und Jerusalem (*Leo Baeck Institute*) diesen erst verspätet mit Ende September und Oktober antreten.

Auch das jährliche Auswahlseminar des Jahrgangs stellte uns vor eine weitere und neue Herausforderung. Im Dezember 2020 fanden in einer Pfadfinderunterkunft in Kierling die Gespräche zwischen den Bewerberinnen*Bewerbern und den Vereinsmitgliedern statt, um so den nächsten Jahrgang auszuwählen. Wir mussten das Auswahlseminar 2020 in digitaler Form über *Zoom* durchführen und geringfügig anpassen. Auch wenn es sicherlich für alle etwas anstrengender war, freuen wir uns sehr, den Jahrgang 2021/22 ausgewählt zu haben.

Unser Bildungsprogramm während der Covid-19-Pandemie

Neben den Herausforderungen im Zuge der Entsendetätigkeit des Vereins stellte sich ebenso die Frage, wie das historisch-politische Bildungsprogramm weitergeführt werden könnte. Das geplante *Geh Denken!*-Programm des Sommersemesters 2019/20 wurde auf das Wintersemester 2020/21 verschoben. Die erste Veranstaltung konnte noch vor Ort im *Republikanischen Club* stattfinden, die restlichen Veranstaltungen mussten auf *Zoom* durchgeführt werden. Dabei bemerkten wir, dass die di-

gitalen Formate auch Vorteile mit sich bringen, da wir nun noch mehr Interessierte erreichen konnten.

Auch das Team der Mittwochstreffen hat sich erfolgreiche Konzepte für Online-Veranstaltungen erarbeitet. So konnte zum Beispiel ein erfolgreiches History-Pub-Quiz veranstaltet werden. Die Zeitung *GEDENKDIENTST* stellte ihre Redaktionstreffen und Arbeit digital um. Trotz der widrigen Umstände konnte weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit den Autorinnen*Autoren erzielt werden. Es entstand die Idee in einer Ausgabe Artikel mit Fokus auf die Covid-19-Pandemie und seine Auswirkungen zulegen. Die Ausgabe, die Sie gerade in ihren Händen halten, ist das Produkt dieser Bemühungen.

Auch die *DidaktikWerkstatt* traf sich in digitaler Form und konzipierte mehrere Workshops. Eines dieser Konzepte wurde bei einer Ausschreibung des *Museumsbund Österreich* eingereicht. Anfang April 2021 hat die *DidaktikWerkstatt* mehrere Workshops in Kooperation mit dem *START-Stipendium* durchgeführt.

Die Arbeitsgruppe *studienfahrten.at* konnte nach einem mehrmonatigen Prozess ein Projekt mit dem Titel *Überque(e)rung eines Kontinents / (Cross)dressing Europe* bei mehreren Fördergeberinnen*Fördergeber einreichen. Das Projekt beschäftigt sich mit Queer History als Prinzip von historisch-politischen Studienfahrten zur Geschichte des Nationalsozialismus. Wir freuen uns sehr, dass die Zusage mittlerweile erfolgt ist und der Projektstart am 1. April 2021 war.

Der Vorstand und die Initiativen freuen sich, dass das digitale Bildungsprogramm mit zahlreichen Teilnehmerinnen*Teilnehmern so gut angenommen worden ist. Auch die Tatsache, dass nun Personen aus anderen Bundesländern ohne großen Aufwand an Veranstaltungen teilnehmen konnten, ist ein kleiner Vorteil des digitalen Formats.

Ohne die vielen helfenden Hände aus dem Vereinsumfeld hätte der Vorstand die Gedenkdienstleistenden nicht nach Österreich zurückholen, die Ausbildung des Jahrgangs 2020/21 sowie die digitale Adaptierung des Bildungsprogramms kaum stemmen können. Der Vorstand bedankt sich bei allen, die im März und auch danach den Verein so tatkräftig unterstützt haben. ■

Matthias Spadinger

Leistete 2014/15 Gedenkdienst im *Ghetto Fighters' House Museum* nahe Akko in Israel; ist in der Arbeitsgruppe *DidaktikWerkstatt* aktiv; seit 2016 Vorstandsmitglied sowie Stellenbetreuer für Israel; 2017–2019 Kassier und seit Oktober 2019 Obmann des Vereins; studiert Politikwissenschaft sowie Geschichte und Geographie auf Lehramt an der Universität Wien.

Nadine Dimmel

Leistete 2018/19 im *Ghetto Fighters' House Museum* nahe Akko ihren Gedenkdienst; studiert derzeit Geschichte an der Universität Wien und ist seit Herbst 2019 zunächst als stellvertretende Schriftführerin, dann als stellvertretende Obfrau im Verein tätig.

1 Gedenkdienstleistenden werden nicht nur von der Geschäftsführung während des Gedenkdienstjahres betreut, sondern auch von sogenannten Stellenbetreuerinnen*Stellenbetreuern, die ehemalige Gedenkdienstleistende und/oder Vorstandsmitglieder sind.

2 Vgl. BGBl. I Nr. 23/2020, 3. COVID-19-Gesetz, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2020_I_23/BGBLA_2020_I_23.html (10.10.2020).

3 Vgl. BGBl. I Nr. 17/2012, Freiwilligengesetz – FreiwG.

Post aus... Vilnius

Vilnius, Juli 2020

Mit Vilnius als einzige Stelle des Vereins GEDENKDIENTST, die tatsächlich im ehemaligen Einsatzgebiet der berüchtigten Einsatzgruppen liegt, wurde ich auf eine Art und Weise mit dem Holocaust konfrontiert, die ich aus der österreichischen Holocaustvermittlung (obligatorischer Besuch des ehemaligen KZ Mauthausen in der 8. Schulstufe) bisher überhaupt nicht kannte. In Litauen muss man sie suchen, die Stätten des Holocaust. Konzentrationslager als gebündelte Symbole des Grauens gibt es hier nicht. Das friedlichste, unscheinbarste Wäldchen mutiert, mit genügend Hintergrundwissen, zum Ort der Vernichtung. Fährt man nun durch das kleine, baltische Land fallen einem am Straßenrand etliche Schilder, in Wälder zeigend, beginnend mit den Worten *Holokausto memorialas* ins Auge, wo man auch ohne ausufernde Litauisch-Kenntnisse, weiß, woran man ist.

Es ist paradox. Obwohl fast ein jedes Örtchen in Litauen sein eigenes Fragment des Holocaust im angrenzenden Wald vorfindet, ist es um die Kenntnis der Bevölkerung darüber eher mangelhaft bestellt. Dies ist auch ein Beweggrund, warum mittlerweile seit 15 Jahren die Gedenkdienstleistenden (bisher gab es leider noch keine weibliche Gedenkdienstleistende in Vilnius) Schulen überall in Litauen besuchen, dort Vorträge halten und Workshops dazu anbieten. Somit hat es mich bereits in Ortschaften wie Ariogala, Kėdainiai oder Rūdiškės

verschlagen, die mir einerseits beim nächsten Stadt-Land-Fluss-Spiel einige Punkte sichern werden und mir andererseits eine Perspektive auf litauische Lebensrealitäten geboten haben, die ich sonst wahrscheinlich nie erlangt hätte. Die Arbeit mit den, meist sehr stillen, Jugendlichen sowie der Austausch mit dem Lehrpersonal waren für mich unheimlich bereichernd, zumal ich dadurch auch tiefere Einblicke in die lokale Geschichte der einzelnen Orte erhaschen durfte und mir bewusst wurde, welche Perle osteuropäischer, jüdischer Kultur Litauen einst war. Auch im Zuge von Rundgängen durch die Holocaust-Ausstellung an meinem Arbeitsplatz, dem *Green House*, (einem der drei Standorte des *Staatlichen Jüdischen Museums Gaon von Vilnius / Vilna Gaon State Jewish Museum*) oder daran anschließend kam es zum anregenden Gedankenaustausch mit dem einen oder der anderen BesucherIn.

Leider fand diese spannende Arbeit mit 12. März 2020 ihr vorläufiges Ende, als die litauische Regierung die Notwendigkeiten der Zeit erkannte und aufgrund der Covid-19-Pandemie die Schulen im Land schließen ließ. Gleiches galt für unser Museum, was für mich Homeoffice bedeutete. Das frühzeitige Handeln der litauischen Regierung sowie die pandemisch günstige Lage Litauens ließen mich am Verbleib im Land nicht weiter zweifeln, auch wenn bis heute die Schulen nicht mehr aufgesperrt wurden und damit das Schulprojekt für das Gedenkdienstjahr im herkömmlichen Sinne gestorben ist. Von meinem Schreibtisch aus

ist es mir allerdings noch gelungen, die ein oder andere Schule virtuell zu ‚besuchen‘ und so zumindest meinen Vortrag an die Schüler*innen zu bringen. Die Schulen konnten dabei schneller mehrere Klassen auf einmal für einen Vortrag aktivieren, da sie bloß meinen Link an die Schüler*innen weiterleiten mussten. Dies war Fluch und Segen zugleich, da man, in seinem WG-Zimmer sitzend, nicht abschätzen konnte, wie viele Leute einem gerade zuhören und das direkte Feedback aus dem Verhalten der Gruppe ausblieb. Die ansonsten eher zurückhaltenden litauischen Schüler*innen waren aufgrund des neuen Formats merklich aktiver, da sie ihre Fragen einfach schriftlich in den Chat schreiben konnten. Abgesehen davon war meine Hauptaufgabe im Lockdown, Opferlisten in die Datenbank des Museums einzutragen und zu digitalisieren. Eben jene günstigen, pandemischen Voraussetzungen in Litauen machten eine vollständige Rückkehr in den Museumsalltag mit Anfang Juni wieder möglich. Seitdem kam es vor allem zu Führungen mit kleineren Gruppen als diese vor der Pandemie üblich waren. Trotz Pandemie hielt dieses Jahr eine Unmenge Erkenntnisse für mich bereit, von denen ich noch in ferner Zukunft profitieren werde, weshalb mir nur noch zu sagen bleibt: Danke Litauen, danke Vilnius, danke *Green House!* ■

Matthias Gröller

Leistete im Jahrgang 2019/20 Gedenkdienst
im *Vilna Gaon State Jewish Museum*.

Post aus... Lublin

Lublin, August 2020

Mein Name ist Elias Walter und ich bin im Jahrgang 2019/20 Gedenkdienstleistender im *Staatlichen Museum Majdanek / Państwowe Muzeum na Majdanku* in Lublin (Polen). Seit dem 18. August 2019 arbeite ich in der Gedenkstätte Majdanek und unterstütze dabei die pädagogische Abteilung mit der Betreuung deutschsprachiger Gruppen, führe Rundgänge oder Workshops durch.

Mitte März 2020 hat sich der bisherige Verlauf des Gedenkdiensts für meinen Jahrgang und mich relativ plötzlich geändert. Die rasche Ausbreitung der Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen Auswirkungen auf das öffentliche und private Leben erforderten auch eine individuelle Anpassung der Gedenkdienstleistenden an die neue Situation. Ich persönlich habe in dieser zweiten Märzwoche eine regelrechte Achterbahnfahrt an neu zu beurteilenden Situationen, raschen Entscheidungen sowie Verwerfungen erlebt. Ich musste aufgrund der Situation neue Entscheidungen treffen. Begonnen hat diese Woche für mich eigentlich ganz normal, am Montag bereitete ich mich auf eine Gruppe vor, für welche ich am Dienstag einen Rundgang geben und für die ich am Mittwoch einen Workshop durchführen sollte. Der Dienstag verlief an meiner Einsatzstelle normal, am Mittwoch gab es jedoch von der polnischen Regierung erste Entscheidungen, die mein Leben direkt beeinflussten: nämlich eine vorübergehende Schließung aller staatlichen Museen. Während der Workshoppausen bekam ich dann von Mitarbeiterinnen*Mitarbeitern

immer wieder Updates zu neuen Statements der Regierung. Am Ende des Tages wurde mir angeboten, die restliche Woche freizunehmen, da es aufgrund der Schließung des Museums ohnehin wenige Aufgaben für mich gab. Für das darauffolgende Wochenende hatten zwei Freundinnen und ich einen kleinen Trip nach Wrocław geplant. Zu diesem Zeitpunkt war uns die Tragweite der Ereignisse der bevorstehenden Tage und Wochen in keinsten Weise bewusst. In jugendlicher Naivität entschieden wir uns also, diesen Trip schon donnerstags, am nächsten Morgen, zu starten. So verbrachten wir zwei Tage in Wrocław, während um uns herum schon erste Lockdown-Anzeichen zu erkennen waren. In häufigem Kontakt mit meinem Stellenbetreuer, Lukas Dünser, erwog ich dann verschiedene Möglichkeiten, nachdem sich die Wahrscheinlichkeit einer unvorhersehbar langen Lockdown-Zeit herauskristallisierte: Die nächsten Wochen in Quarantäne in Lublin zu verbringen oder aber zurück nach Österreich zu fahren. Am Samstag in der Früh traf ich dann eine Entscheidung, ich wollte den Lockdown nicht ohne ein stabiles soziales Netz verbringen und deshalb zu meinen Eltern nach Perchtoldsdorf fahren. Dafür hätte ich am nächsten Tag in Warszawa am Flughafen sein müssen, da eine Bus- oder Zugverbindung aufgrund der Grenzsicherungen nicht mehr möglich war. Wir fuhren früh los mit dem Bus aus Wrocław über Kraków, ich weiter nach Lublin, wo ich gegen 23 Uhr ankam. Auf der Fahrt bekam ich allerdings die Info, dass mein Flug storniert wurde und keine weiteren verfügbar waren. So tüftelte mein Stellenbetreuer einen Plan aus, wie ich zu-

rück nach Österreich gelangen könnte. Er fand eine Busverbindung am nächsten Tag von Lublin nach Warszawa und von dort nach Słubice, dem polnischen Stadtteil von Frankfurt an der Oder. Meine letzten Stunden in Lublin verbrachte ich in Form einer kleinen Verabschiedungsrunde durch das Studierendenwohnheim, in dem ich wohnte und in der Zeit schon einige Bekannte und Freundinnen*Freunde gefunden hatte. Am nächsten Morgen, sonntags, packte ich also schnellstens die nötigsten Dinge in meinen Koffer (zu dem Zeitpunkt ging ich noch von einem drei-, vielleicht vierwöchigen Aufenthalt in Österreich aus, bevor ich wieder zurückreisen konnte), und fuhr mit dem Bus nach Warszawa. Dort verbrachte ich die sieben Stunden Wartezeit auf meinen Anschlussbus mit zwei Freundinnen, die dort einen Freiwilligendienst mit der Organisation *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* (ASF) leisteten. Um 11:30 Uhr verließ ich dann Warszawa mit dem Bus Richtung Nordwesten, um dann um ca. 6 Uhr morgens in Słubice anzukommen, wo ich dann mit einigen anderen Fahrgästen zu Fuß die Oder überquerte. Das war nämlich die letzte Chance die Grenze unter ‚normalen‘ Umständen zu übertreten. Auf der anderen Seite warteten meine Eltern, die mich von dort mit dem Auto abholten und mit mir nach Perchtoldsdorf fuhren, wo ich dann auch die restliche Zeit meines Gedenkdiensts im Homeoffice verbrachte. ■

Elias Walter

Leistete im Jahrgang 2019/20 Gedenkdienst
im *Państwowe Muzeum na Majdanku*.

DIE MEDIALEN DARSTELLUNGEN DES HOLOCAUST BETRACHTEN

Reflexionen über das Vermitteln von Geschichte durch Bilder

Unser Geschichtsverständnis ist gerade mit Blick auf den Holocaust eng verknüpft mit Bildern, respektive medialen Repräsentationen vergangener Ereignisse. Dazu zählen historische Aufnahmen ebenso wie Filme, Dokumentationen oder Serien, die historische Ereignisse szenisch nachstellen. Sie alle stehen anstelle von – sind Repräsentationen von – vergangenen Ereignissen. Die US-amerikanische Publizistin und Regisseurin Susan Sontag hat die Bedeutung von Bildern für unser Geschichtsverständnis treffend dargelegt:

„Vertrautheit mit bestimmten Fotos festigt die Vorstellung, die wir uns von der Gegenwart und der unmittelbaren Vergangenheit machen, Fotos bahnen Pfade, schaffen Bezugspunkte, dienen als Totems für Zeitfragen: Empfindung verbindet sich eher mit einem Foto als mit einem Schlagwort. Und Fotos helfen uns, unsere Vorstellungen von einer fernerer Vergangenheit zu organisieren – oder zu revidieren: durch die postumen Schocks, die von der Veröffentlichung bisher unbekannter Fotos ausgehen. Fotos, die jeder erkennt, sind heute ein wesentlicher Bestandteil dessen, worüber sich Gesellschaften Gedanken machen oder worüber sie nachzudenken sich vornehmen. Solche Gedanken nennt man gern ‚Erinnerungen‘, aber auf längere Sicht ist das eine Fiktion. Strenggenommen gibt es kein kollektives Gedächtnis – das Kollektivgedächtnis ge-

hört in die Familie von Pseudobegriffen wie die Kollektivschuld. Aber es gibt die kollektive Unterrichtung.“¹

Die Aussage Sontags, es gäbe kein kollektives Gedächtnis, ist meines Erachtens vor allem als Provokation zu deuten, die die zentrale Aussage zusätzlich unterstreichen soll: Bilder erschaffen die Fiktion einer selbst erfahrenen Geschichte, obgleich wir sie nicht selbst erlebt haben. Text bringt dies nicht zustande – „Empfindung verbindet sich eher mit einem Foto als mit einem Schlagwort.“² Eben diese Diskrepanz, dass Bilder die Fiktion selbst erfahrener Geschichte hervorrufen, obwohl sie nicht selbst erlebt wurde, steht im Zentrum heftiger Debatten über mediale Repräsentationen des Holocaust.

Seitdem die ersten medialen Darstellungen des Holocaust veröffentlicht wurden, nimmt die Debatte über moralische Implikationen bei der Darstellung der industriellen Vernichtung von mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden kein Ende. Angesichts der Atrozität dieses Verbrechens, wofür deutsch-israelischer Historiker Dan Diner 1988 den Begriff des „Zivilisationsbruchs“³ prägte, worunter eine radikale Abkehr von der vermeintlich aufgeklärten, sich als moralisch und kulturell überlegen wählenden ‚westlichen‘ Kultur zu verstehen ist, müssen sich freilich auch künstlerische Produktionen, angefangen bei Dokumentationen über Filme und Fernsehsendungen bis hin zu Comicstrips, die den Anspruch erheben, den Holocaust

medial erfahrbar zu machen, eine moralische Hinterfragung gefallen lassen. Besonderes Aufsehen erregte bei all diesen Auseinandersetzungen die niederschmetternde Kritik Claude Lanzmanns über Steven Spielbergs *Schindlers Liste* (USA 1993), bei der Lanzmann auch grundlegende Fragen der medialen Repräsentation von historischen Verhältnissen selbst mit Blick auf historische Aufnahmen aufwarf. Im vorliegenden Beitrag nehme ich eine Randbemerkung Lanzmanns genauer unter die Lupe, die sich auf den Umgang mit historischem Bildmaterial bezieht. Ich schlage einen Deutungsversuch vor, weil Lanzmanns Bemerkung meines Erachtens ein Grundproblem der medialen Vermittlung von Geschichte widerspiegelt.

In der französischen Tageszeitung *Le Monde* erschien am 3. März 1994 Lanzmanns Kritik über Spielbergs Film *Schindlers Liste*. An einer Stelle ist zu lesen:

„Et si j'avais trouvé un film existant – un film secret parce que c'était strictement interdit – tourné par un SS et montrant comment 3 000 juifs, hommes, femmes, enfants, mouraient ensemble, asphyxiés dans une chambre à gaz du crématoire 2 d'Auschwitz, si j'avais trouvé cela, non seulement je ne l'aurais pas montré, mais je l'aurais détruit. Je ne suis pas capable de dire pourquoi. Ça va de soi.“⁴

Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive kann der Vernichtung eines solchen Zeitdokuments nicht zugestimmt werden, nicht nur weil es vermutlich ►

einzigartig wäre, sondern weil es für die Forschung wahrscheinlich auch wertvolle Informationen liefern würde. Außerdem spräche gegen die Zerstörung, dass eine solche Aufnahme für mögliche Hinterbliebene derjenigen, die im Zeitpunkt ihrer Ermordung gefilmt wurden, wahrscheinlich einen hohen emotionalen Wert darstellen würde. Aber sollte dieses Dokument auch über Fernsehen oder Internet zugänglich gemacht werden? Es würde Menschen im Zeitpunkt ihres brutalen Todes zeigen. Einer der intimsten Momente dieser Personen, nämlich ihr Sterben, wäre damit der Öffentlichkeit preisgegeben. Wäre die massenhafte Verbreitung einer solchen Aufnahme nicht eine Verletzung der Privatsphäre dieser Menschen? Ganz ähnliche Fragen werden in der aktuellen Debatte über gaffende Passant*innen von Unfällen, die, ob ihrem Verlangen jedes Details der Katastrophe zu erspähen und medial festzuhalten sogar Rettungskräften im Weg stehen, verhandelt. Doch besteht ein maßgeblicher Unterschied: Bei einer Aufnahme aus einer nationalsozialistischen Gaskammer käme die historische Dimension eines außergewöhnlichen geschichtlichen Ereignisses hinzu, welches sich, so jedenfalls die herrschende Meinung der Signatarstaaten der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA), zu denen auch Österreich zählt, nicht mehr wiederholen dürfe. So könnte eingewendet werden, dass der Einsatz einer solchen Aufnahme doch für Bildungszwecke sinnvoll wäre. Dies würde eine heikle ethische Frage aufwerfen: Was wiegt schwerer, der Schutz der Intimsphäre der Getöteten, die sich zur Verwendung dieser Aufnahmen nicht mehr äußern können, oder der allfällige Nutzen, den die Verwendung dieser Aufnahmen für eine antirassistische politische Bildung bringen könnte? Kann also der Zweck die Mittel heiligen? Ohne auf diese ethische Abwägung näher eingehen zu wollen, muss vielmehr hinterfragt werden, ob durch die Verwendung einer solchen Aufnahme überhaupt die erwünschten pädagogischen Ziele erreicht werden können.

Nachdem in diesem Rahmen keine umfassenden Studien über die Auswirkungen derartiger Filme unternommen werden können, muss ein abstrakter Horizont der Empfänger*innen in die Betrachtungen einbezogen werden.

In ihrem Gründungsdokument, der *Stockholmer Deklaration* von 2000, setzt sich die IHRA etwa zum Ziel „sicherzustellen, dass künftige Generationen die Ursachen des Holocaust begreifen können und über seine Folgen nachdenken.“⁵ Historische Aufnahmen vermitteln aber per se kein Wissen, das die Vergangenheit intellektuell begreifbar macht. Sie transportieren allenfalls Informationen, die mittels wissenschaftlicher Methoden entschlüsselt werden können und damit das Wissen über die Vergangenheit erweitern. Wie bei jeder medialen Repräsentation (Dokumentation, Film etc.) braucht es auch bei historischen Aufnahmen einen Kontext, eine Geschichte, die erzählt wird, um das Gesehene intellektuell durchdringen zu können. Der Einsatz von historischem Bildmaterial bei der Vermittlung von Geschichte soll vor allem dazu dienen, die Vergangenheit vermittelt medialer Repräsentationen authentisch darzustellen und emphatisch erfahrbar zu machen. Provokant zugespitzt geht es darum, ein Geschichtsnarrativ zu authentifizieren und das Publikum zu emotionalisieren. Mit Blick auf den Bereich der Vermittlung von Geschichte bedeutet Authentizität etwas anderes als im Kontext wissenschaftlicher Forschung. Die Authentizität eines Bildes wird bei der Vermittlung von Geschichte erst durch die Einbindung in eine Erzählung hergestellt, weil erst die Erzählung das Abgebildete deutet. So weist etwa der Historiker und Museumspädagoge Andreas Schmoller darauf hin: „Je nachdem, ob man sich der Shoah künstlerisch, geschichtswissenschaftlich, juristisch oder ethisch nähert, entstehen verschiedene, teils divergierende Authentizitätsansprüche.“⁶ Eine Aufnahme aus dem Inneren einer Gaskammer der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie, „gedreht von einem SS-Mann [...], der zeigt wie 3.000

Juden, Männer, Frauen, Kinder gemeinsam sterben“⁷, würde nur das grausame Sterben von Menschen zeigen. Sie würde nicht vermitteln, wer wen warum umbrachte und noch weniger würde sie erklären, warum wir uns heute dafür einsetzen müssen, dass Vergleichbares sich nicht mehr wiederholt. Was der Film authentisch zeigt, müsste die Geschichtswissenschaft erst erforschen und in eine erklärende Beschreibung fassen; und die Lehren, die daraus eventuell gezogen werden sollen, müssten gesellschaftspolitisch festgelegt werden. Wenn also eine Vermittlung von Geschichte durch Bilder den Anspruch erheben will authentisch zu sein, so muss sie die Herstellung der Authentizität offenlegen und kritisch reflektieren.

Etwas schwerer als die Dekonstruktion von Authentizitätsstrategien fällt die Analyse des emotionalisierenden Moments von Bildern bei der Vermittlung von Geschichte, muss doch von einem abstrakten Horizont der Empfänger*innen ausgegangen werden. Hier kann auf die Publizistik und die Kunstgeschichte referenziert werden, die sich schon lange mit Fragen der Medienwirkung beschäftigen. So hat sich etwa auch Susan Sontag in ihrem Buch *Das Leiden anderer betrachten* essayistisch mit der Frage beschäftigt, warum Menschen überhaupt den Blick auf das Leiden anderer richten anstatt sich abzuwenden und kam dabei zum Schluss: „Anscheinend ist der Appetit auf Bilder, die Schmerzen leidende Leiber zeigen, fast so stark wie das Verlangen nach Bildern, auf denen nackte Leiber zu sehen sind.“⁸ Die Kunsthistorikerin Silke Wenk hat sich sogar explizit mit pornografisierenden Rahmungen des Blicks auf NS-Verbrechen auseinandergesetzt, wobei es ihr weniger um explizite Pornografie als um pornografisierende Darstellungsverfahren in wissenschaftlichen und künstlerischen Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus geht. So hat etwa der Künstler Boris Lurie in seiner Collage *Railroad* von 1963 Pornografie und bildliche Dokumentationen nationalsozialistischer Verbrechen sogar ausdrücklich zusam-

mengeführt, wie Wenk demonstriert, indem er über ein Foto von auf einem Wagon aufgehäuften Leichen eines Konzentrationslagers das Foto eines Pin-up-Girls montierte. „Luries Collage verweist auf die Nähe oder auch ein Ineinander des Schauens auf die Leichen, auf die Fotos, die von den Verbrechen zeugen sollten, und des Schauens auf den weiblichen, mit Sexualität verknüpften Körper. [...] etwas von pornographischer Lust haftete auch am damaligen Interesse für den Holocaust, der noch nicht so hieß“, schreibt Ruth Klüger über die frühe Nachkriegszeit“, so Wenk.⁹

Die visuelle Repräsentation des Holocaust und die darauf rekurrierende historisch-politische Didaktik ist heute geprägt von historischen Aufnahmen von Tötungen (z. B. die Einsatzgruppen-Aufnahmen, die Jüdinnen und Juden im Moment bzw. kurz vor der Ermordung abbilden oder Einsatzgruppenfilme, die Exekutionen inkl. der Ermordung selbst zeigen). Lanzmann hat mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit einen Großteil dieser Aufnahmen gekannt. Hätte er historische Aufnahmen von nationalsozialistischen Tötungen vernichten wollen, hätte er dies tun, oder jedenfalls versuchen können. Nichts dergleichen ist bekannt. Offenbar wollte er mit seiner Ankündigung, er würde eine Aufnahme von einer Tötung in einer nationalsozialistischen Gaskammer, so diese auftauchen würde, vernichten, nur provozieren. Warum aber funktioniert diese Provokation? In den Gaskammern wurden weniger Menschen ermordet als durch andere Tötungsformen, die durchaus in historischen Aufnahmen dokumentiert sind, die landläufig bekannt sind. Es hat aber noch niemand eine Aufnahme aus einer Gaskammer gesehen. Hier geht es um Provokation durch die, wie Susan Sontag es ausdrückt, „postumen Schocks, die von der Veröffentlichung bisher unbekannter Fotos ausgehen“¹⁰ bzw. durch die bislang ungestillte „pornografische Lust“¹¹, solche Aufnahmen sehen zu wollen, um die Begrifflichkeit der österreichisch-amerikanische Literaturwissenschaftlerin und Schriftstel-

lerin sowie Überlebende des Holocaust Ruth Klügers zu verwenden.

Können aber, um zur eingangs aufgeworfenen Frage zurückzukommen, im Rahmen einer historisch-politischen Bildungsarbeit, deren Ziel es ist zu verhindern, dass sich derartige Verbrechen wiederholen, durch die Verwendung historischer Aufnahmen von Gräueltaten überhaupt die erwünschten pädagogischen Ziele erreicht werden? Das hängt meines Erachtens davon ab, zu welchem Zweck und in welcher Form diese Aufnahmen eingesetzt werden. Wenn es darum geht Nabsicht zu erzeugen, um der „nie wirklich stillbaren Lust am Sehen“¹² des Publikums entgegenzukommen, würde ich die Verwendung dieser Aufnahmen ablehnen; ebenso, wenn damit nur Abschreckung vor dem abgebildeten Gräueltat erzeugt werden soll. Das beraubt die Opfer ihrer Würde und degradiert sie zu Figuren des Horrors. Wenn solche Aufnahmen aber der Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung über rassistische Politiken und ihre möglichen gewaltsamen Folgen sind, bei der auch der historische Kontext der Aufnahmen kritisch reflektiert wird; wenn Motive und Reaktionen der Täter*innen mit Blick auf die gezeigten Verbrechen beleuchtet werden, erscheint es mir sinnvoll, diese zu zeigen. Und ließe es sich ethisch rechtfertigen? Aus philosophischer Sicht gibt es hierauf wohl keine abschließende Antwort. Pädagogisch wäre es aber überaus sinnvoll, auch diese Frage in den Raum zu stellen und zum Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung zu machen. ■

Johann Kirchknopf

hat 2006/07 Gedenkdienst am London Jewish Cultural Centre geleistet. Er ist seit vielen Jahren in der historisch-politischen Bildungsarbeit beim Verein GEDENKDIENTST tätig und hat an der Universität Wien Lehrveranstaltungen zur politischen Bildung für Lehramtsstudierende gehalten.

1 Susan Sontag, Das Leiden anderer betrachten, Aus dem Englischen von Reinhard Kaiser, München 2003, 99.

2 Sontag, Leiden, 2003, 99.

3 Dan Diner, Hg., Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Bd. 4398: Fischer-Taschenbücher, Frankfurt am Main 1988.

4 Claude Lanzmann, A propos de „la Liste de Schindler“, dernier film de Steven Spielberg. Holocauste, la représentation impossible, Le Monde vom 3. März 1994. Deutsche Übersetzung des Zitats: „Und wenn ich einen existierenden Film gefunden hätte – einen geheimen Film, denn es war streng verboten – gedreht von einem SS-Mann, einen Film, der zeigt wie 3.000 Juden, Männer, Frauen, Kinder gemeinsam sterben, erstickt in einer Gaskammer des Krematoriums 2 in Auschwitz, wenn ich einen solchen Film gefunden hätte, dann hätte ich ihn nicht nur nicht gezeigt, sondern hätte ihn zerstört. Ich bin nicht in der Lage zu sagen, warum. Das versteht sich von selbst.“ (Übersetzung des Verfassers)

5 <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/17> (31.07.2019).

6 Andreas Schmoller, Die Darstellbarkeit der Shoah, in: Handbuch Jüdische Kulturgeschichte. Online Publikation, <http://hbjk.sbg.ac.at/kapitel/die-darstellbarkeit-der-shoa/> (30.07.2019).

7 Lanzmann, Schindler, 1994.

8 Sontag, Leiden, 2003, 50.

9 Silke Wenk, Rhetoriken der Pornografisierung. Rahmungen des Blicks auf die NS-Verbrechen, in: Insa Eschebach/Sigrid Jacobeit/Silke Wenk, Hg., Gedächtnis und Geschlecht. Deutungsmuster in Darstellungen des nationalsozialistischen Genozids, Geschichte 2002–2008, Frankfurt/Main 2002, 269–294, 279.

10 Sontag, Leiden, 2003, 99.

11 Ruth Klüger, Von hoher und niedriger Literatur. Missbrauch der Erinnerung; KZ-Kitsch, in: Ruth Klüger, Hg., Gelesene Wirklichkeit. Fakten und Fiktionen in der Literatur, Göttingen 2006, 52–67, 58.

12 Wenk, Rhetoriken, 273.

ASPEKTE DER HOMOSEXUELLENBEWEGUNG IN ÖSTERREICH

Ein Interview mit Andreas Brunner

von *QWien – Zentrum für queere Geschichte*

Im Sommer 2020 wurde in Wien der 1. Platz des Wettbewerbs für das Denkmal der Opfer der Homosexuellenverfolgung in der NS-Zeit präsentiert. Andreas Brunner, der gemeinsam mit dem Theaterwissenschaftler und freischaffenden Kurator Hannes Sulzenbacher das *QWien – Zentrum für queere Geschichte* in Wien leitet, war Mitglied des Sachbeirats dieser Jury. Ihn habe ich im Februar unter anderem zum Weg bis zur Realisierung des Denkmals sowie über die museale Aufarbeitung der LGBTQ-Geschichte Österreichs und die Homosexuellenbewegung in Österreich nach 1945 interviewt. Hier einige Auszüge aus unserem Gespräch.

Von der Ausstellung zum Archiv

Die Entstehungsgeschichte des *QWien* ist eng mit Andreas Brunners beruflicher Laufbahn und seiner Freundschaft mit Hannes Sulzenbacher verknüpft: „Ich hab im Zivildienst im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands* begonnen, mich mit der Homosexuellen-Verfolgung in der NS-Zeit auseinanderzusetzen. Hannes dann auch, der hat begonnen, Strafakten zu recherchieren.“ Ende der 1990er Jahre haben die beiden einen ersten Schwulen-Reiseführer¹ für Wien geschrieben, in dem sie auch einen ausführlichen historischen Teil verfasst haben – und so ist ihr Interesse für die Geschichte der Wiener Schwulen und Lesben langsam gewachsen.

Gemeinsam kuratierten sie die Ausstellung *Geheimsache Leben – Lesben und Schwule im Wien des 20. Jahrhunderts*, die 2005 mit über 700 Objekten auf 1.500 m² in der Neustiftthalle im 7.

Wiener Gemeindebezirk eröffnet wurde und von 26. Oktober 2005 bis zum 8. Jänner 2006 lief.

Bereits vor dem Ende der Ausstellung hatten Brunner und Sulzenbacher die Idee, ein Archiv für die Geschichte der Homosexuellen in Wien zu errichten, da sich die Frage stellte, was nach Ausstellungsende mit dem gesammelten Material passieren sollte. Diese Ausstellung war schlussendlich die Initialzündung zur Errichtung eines Archivs. Nach Absprache mit der *Kulturabteilung der Stadt Wien* (MA 7), die die grundsätzliche Finanzierung übernommen hatte, wurde 2009 das *QWien* schließlich offiziell gegründet.²

... eine Familiengeschichte (re)konstruieren ...

Einem ähnlichen Muster folgt die Aufarbeitung der Geschichte der Homosexuellenbewegungen in Wien, da sie „vornehmlich eine Initiative ist, die von der Community bzw. von Community-Organisationen ausgeht und die erst langsam in den universitären Diskurs eingesickert ist. Die Vernetzung zur Universität ist inzwischen durchaus gegeben, aber grundsätzlich, und das sieht man auch in anderen Ländern, begann diese Forschung immer als Grassroot-Forschung aus der Community heraus, aus einem Bedürfnis, sich der eigenen Geschichte zu vergewissern. Das ist dann durchaus wie eine Familiengeschichte zu konstruieren oder zu rekonstruieren.“, so Brunner.

Das Bedürfnis nach dieser (Re)Konstruktion führte in den 1970er Jahren auch dazu, dass die damals in Österreich junge Schwulenbewegung das Symbol des Rosa Winkels³ für sich beanspruch-

te, um eine gegenwärtige und bewusste Verbindung zur Verfolgung im Nationalsozialismus herzustellen. Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts stieg die strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen an, die im Nationalsozialismus ihren Höhepunkt erreichte, mit dem Ende des NS-Regimes aber nicht aufhörte:

„Jene Männer und Frauen, die im Nationalsozialismus wegen homosexueller Handlungen verurteilt worden waren, wurden nach Ende des 2. Weltkrieges als vorbestrafte Sexualstraftäterinnen- und Täter behandelt. Homosexuelle, die aus den Konzentrationslagern befreit worden waren, wurden postwendend wieder ins Gefängnis geschickt, um ihre Strafe sozusagen ‚fertig‘ abzusetzen. Daher gab es auch überhaupt keinen Gedanken daran, Wiedergutmachung auszuüben, es gibt auch überhaupt bis heute im Grunde kein richtiges Schuldeingeständnis des Staates. Die NS-Urteile wurden zwar aufgehoben, aber es dauerte bis 2005, dass Homosexuelle offiziell als Opfer des NS anerkannt wurden und damit auch Zugang zu allen Opferfürsorgemaßnahmen hatten – bis dahin wurden Haftzeiten nicht auf die Pension angerechnet. D. h., hat man im KZ als Aufseher gearbeitet, waren das pensionsberechtigte Zeiten – war man als Homosexueller nach Paragraph 129 I b oder 175er im KZ, wurde diese Zeit nicht für die Pension angerechnet.“, erklärt Brunner.

Betroffene wurden im Leumundzeugnis als Sexualstraftäter geführt und dadurch von bestimmten Berufen, wie dem Staatsdienst, ausgeschlossen – Altersarmut und existenzielle Sorgen waren oft die Folge. Diskriminierungen dieser Art wurden in der Nachkriegszeit ungebrochen fortgeführt.

Der seit 1852 geltende §129 I b des österreichischen Strafgesetzbuches, der einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Personen desselben Geschlechts verfolgte, wurde erst am 16. August 1971 abgeschafft, auch wenn es sowohl in der österreichischen Zwischenkriegszeit als auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit bereits Bestrebungen diesbezüglich gegeben hatte.

Auf die Abschaffung folgten vier neue Strafrechtsparagrafen, die ein höheres Mindestalter für männliche homosexuelle Beziehungen mit 18 Jahren festlegten (Strafgesetzbuch §209)⁴, männliche gleichgeschlechtliche Prostitution verboten (Strafgesetzbuch §210)⁵ sowie Werbung (Strafgesetzbuch §220)⁶ und die Gründung von Verbindungen zur Begünstigung gleichgeschlechtlicher Unzucht (Strafgesetzbuch §221)⁷ untersagten.

Die Etablierung der Homosexuellenbewegung(en) in Wien

„Das Versammlungsverbot und das Werbeverbot zeigten auch, dass man nach wie vor Homosexualität als ein Verhalten sah, das gesellschaftlich nicht erwünscht war. Nach der Abschaffung des Totalverbots hat sich die etablierende junge Schwulen- und Lesbenbewegung zuerst getrennt, aber dann auch durchaus gemeinsam gegen diese Paragraphen gewendet und auch gegen das, was eigentlich hinter diesen Paragraphen stand, nämlich, dass der Staat nach wie vor meinte, die Gesellschaft müsse vor diesen Elementen geschützt werden.“, erklärt Andreas Brunner.

Die Etablierung der Homosexuellenbewegungen ging sehr zögerlich vor sich, wie Brunner ausführt:

„Zuerst einmal waren Lesben und Schwule getrennt aktiv – lesbische Frauen haben versucht, sich innerhalb der Frauenbewegung zu etablieren, was durchaus auch auf Widerstände vor allem konservativer Teile der Frauenbewegung gestoßen ist, die nicht unbedingt etwas mit den Lesben zu tun haben wollten. Parallel dazu gab es dann ab Mitte der 1970er Jahre erste informelle Gruppen (zum Beispiel die Gruppe *Coming Out*), die organisiert um die Zeitschrift *Das neue Forum*, auch publizistischen

Rückhalt hatte. Aus dieser erwuchs dann schlussendlich die *HOSI – Homosexuelle Initiative Wien*, die dann 1979/80 auch als Verein eingetragen wurde, weil man diesen Versammlungsparagrafen, der die Versammlung zur Begünstigung von Homosexualität verboten hat, abschaffte.“

Dies ermöglichte der damalige SPÖ Justizminister Christian Broda (1916–1987) durch seine Auslegung des §221 des Strafgesetzbuches, die besagte, dass unter das Verbot nur Vereinigungen fallen würden, die kommerzielle Zwecke verfolgten. Auf dieser Grundlage konnten folglich keine Vereinsgründungen mit den passenden Statuten untersagt werden und so entstand neben der *Rosa-Lila-Villa* (heute: *Türkis Rosa Lila Villa*) in Wien schließlich in den 1980 und 1990er Jahren auch in den Bundesländern eine große Bandbreite an Vereinen. Innerhalb der *HOSI* bildete sich bereits im Gründungsjahr eine Lesbengruppe, die auch bald Parität innerhalb des Vereins innehatte und so auch nach außen auftrat – ebenso verstand sich die *Rosa-Lila-Villa* seit der Gründung als schwullesbisches Projekt.

„Kaum hatten die sich irgendwie etabliert, kam Aids, was dann natürlich auf die Bewegung sehr großen Einfluss hatte, aber auch zu einer vermehrten Sichtbarkeit homosexueller Lebensweisen geführt hat.“ Im Zuge der Aids-Prävention fiel Ende der 1980er Jahre zwar der Sonderparagraf zum Verbot homosexueller Prostitution, um zu verhindern, dass diese in den Untergrund gedrängt würde – das Werbe- und Versammlungsverbot fiel aber erst 1997 und der Paragraph 209 des Strafgesetzbuches wurde überhaupt erst 2002 abgeändert.

„Meilensteine“ und zukünftige Herausforderungen

Zusammenhängend mit HIV/Aids differenzierte sich ab Mitte der 1990er Jahre das Eintreten der Schwulen- und Lesben-Initiativen für die rechtliche Anerkennung von Beziehungen immer weiter aus. Mit der Durchsetzung der *Ehe für alle* des Verfassungsgerichtshofs am 1. Jänner 2019 in Österreich wurde zwar ein Schritt in Richtung Gleichstellung

von gleichgeschlechtlichen Paaren gesetzt – Grund zum Ausruhen auf diesem ‚Meilenstein‘ sieht Andreas Brunner aber keinen:

„Es fehlt der umfassende Diskriminierungsschutz, also das sogenannte ‚Leveling-up‘ der Antidiskriminierungsmaßnahmen, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte vorgeschlagen hat. Das ist in Österreich nur in der Minimalvariante im Arbeitsrecht vorhanden, die aber auch durchgesetzt werden muss. Dabei handelt es sich ja um eine verpflichtende EU-Verordnung – alle anderen sozusagen nicht-verpflichtenden hat man in Österreich brav ‚vergessen‘. Und es war ja auch jetzt in der Türkis-Grünen Regierung nicht möglich, dieses ‚Leveling-up‘ in der Regierungsvereinbarung festzulegen, was ja den Grünen große Schelte eingebracht hat von Seiten der Community-berechtigte Schelte, nebenbei. Das ist sozusagen der große, legistische Brocken, der noch fehlt.“

Auch in Bezug auf die Aufhebung des Operationszwangs von geschlechtsanpassenden Operationen bei inter- und transsexuellen Menschen gebe es noch Einiges zu tun, viel wichtiger ist für Brunner aber die gesellschaftliche Ebene:

„Wir sehen einfach, dass in den letzten Jahren Hasskriminalität gegen LGBTIQ Personen zugenommen hat und weiter zunimmt, dass es dabei von staatlicher Seite wenig Reaktion darauf gibt, diese Hassverbrechen entsprechend einzuschränken oder auch zu definieren. Das Innenministerium weigert sich, eigene Statistiken zu diesen Hassverbrechen aufgrund der sexuellen Orientierung zu führen, d.h. es gibt darüber auch keine verlässlichen Zahlen. Wir sehen, dass es einen großen, reaktionären Schub in der Gesellschaft gibt, oder dass zumindest die Rechtspopulisten und Reaktionären sich heute auch wieder aus ihren Löchern trauen. War Hetze vor 15–20 Jahren auch ein gesellschaftliches Tabu, sind bis heute die Schranken in den sozialen Medien, aber durchaus auch in der politischen Kommunikation großteils gefallen. Man sieht es nicht nur bei der AfD, oder FPÖ oder den Identitären. Dieser Hassdiskurs verlagert sich – und wir sehen das auch bei anderen ▶

Themen, beispielsweise der Migration – immer mehr in die Mitte der Gesellschaft. Das sehe ich sozusagen als die ganz großen Herausforderungen der nächsten Jahre: diesen Diskurs auszubremsten, auch kenntlich zu machen, wer für ihn verantwortlich ist.“

Wie diese Herausforderung anzugehen sei? Für Andreas Brunner ist es ein Aufruf an die Community:

„Dass wir uns nicht verstecken, dass wir nach wie vor auf unser Recht auf Selbstbestimmung bestehen und aber auch von der Mehrheitsgesellschaft einfordern, dass es ein legitimes Schutzbedürfnis gibt. Denn natürlich – und da sind wir jetzt auch nicht die Einzigen – als Mitglied einer Minderheit ist man vulnerabler als ein Mitglied der Mainstream-Gesellschaft. Ich glaube nach wie vor, dass der Mehrheit das im Großen und Ganzen wurscht ist, dass Männer oder Frauen heiraten, sondern dass es einfach einige sehr laute Gruppen sind, die zum Teil eine politische Agenda haben und finanziell unterstützt werden. So ist beispielsweise die steigende Homophobie in Afrika eindeutig durch evangelikale Gruppen aus den USA gefördert. Da wird massiv Geld reingepumpt, aus kirchlichen Gemeinden aus den USA. Und diese evangelischen Freikirchen sind ausgesprochen aktiv und gehen auch in Länder wie Uganda und Nigeria, um dort auf Basis einer vermeintlichen christlichen Lehre den Ausschluss von Homosexuellen zu propagieren und dann auch rechtlich umzusetzen. Es gibt dann auch zahlreiche Gesetzesverschärfungen. Oder wenn wir nach Polen schauen, auch dort ist es das Zusammenspiel zwischen der politischen Macht und der katholischen Kirche, die LGBTQ-freie Zonen schafft.“

Ausschlusspolitik war immer eines der zentralen Themen rechter Bewegungen, argumentiert Brunner:

„Es ist wurscht, wo wir hinschauen, es beginnt bei der christlich-sozialen Partei von Karl Lueger in Wien um die Jahrhundertwende, es zeigt sich in den ganzen faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit. Man hat immer wieder Gruppen gesucht und definiert, die man ausschließen und auf die man dann auch oft eigenes Versagen projizieren kann – und das passiert in einem ho-

hen Maß auch heute, wo ich ja eingestehen muss: durch die Globalisierung sind sehr viele Menschen verunsichert. Das große Lebensziel, dass es die eigenen Kinder besser haben als man selbst, ist heute gesellschaftlich nicht mehr gewährleistet. Man musste damals auch etwas dafür tun, es ist einem auch nicht in den Schoß gefallen, aber es gab eine reale Chance durch Bildung sozialen Aufstieg zu erreichen. Das ist auch heute anders, wenn man sich anschaut, dass viele hochausgebildete Leute von den Universitäten einfach im Prekariat leben, sich von Job zu Job oder Praktikum zu Praktikum hanteln, weil es diese gesellschaftliche Vereinbarung nicht mehr gibt und Arbeit bspw. in Billigländer ausgelagert wird. Da sehe ich schon ein großes Verunsicherungspotenzial für den Einzelnen und da es aber keine Lösungen für diese globalen, vernetzten Probleme gibt, oder die auch nicht so einfach zu lösen sind, ist es natürlich für eine rechtspopulistische Partei ganz einfach zu sagen ‚die sind schuld – die Migranten sind schuld, dass es bei uns keine Arbeitsplätze gibt.‘ Dass zum Beispiel der gesamte Pflegebereich komplett zusammenbrechen würde, wenn wir keine Migration hätten und dann gerade erst wieder die, die heute gegen die Migranten schimpfen eigentlich die Leidtragenden wären, weil es wieder die trifft, die sich eine private Vorsorge nicht leisten können, das geht bei solchen Diskussionen unter. Und diese größeren Zusammenhänge müssen wir auch in die Community integrieren.“

Entpolitisierung und Kommerzialisierung Ende der 1990er Jahre

Bezogen auf (gesellschafts-)politische Implikationen lassen sich einige Erfolge erkennen, wie die genannten Veränderungen im strafrechtlichen Bereich, aber auch institutionelle Veränderungen fanden statt. Lesbisch-schwule Gruppierungen innerhalb der Grünen, KPÖ, SPÖ und das Liberale Forum, aber auch die Gründung der *Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen* (WAS) 1998 führten zur Öffnung des politischen Systems für Anliegen der LGBTQ-Community.⁸

Andreas Brunner sieht einige Aspekte des queeren Diskurses aber durchaus kritisch, vor allem was die Kommerzialisierung der Community Ende der 1990er Jahre betrifft:

„Es gibt da jetzt auch Untersuchungen und Theorien, dass die Emanzipation von LGBTIQ maßgeblich ein neoliberales Konstrukt ist, weil dadurch der/die Einzelne bis in die intimsten Verhältnisse einerseits kontrollierbar, aber auch vermarktbar wird. Vieles was an Gleichberechtigung in den 1990er oder frühen 2000er Jahren gekommen ist, war im Interesse einer neoliberalen Vermarktbarkeit. Schwule waren eine super Zielgruppe, die Wirtschaft hat die Anti-Diskriminierung von Homosexuellen gepusht, weil sie super Touristen waren. Der Wien-Tourismus war bereits seit den 1990ern glaube ich Mitglied der *International Gay and Lesbian Travel Association*. Man hat sich im Wien Tourismus entschieden dieses Segment ganz bewusst zu bewerben und Wien auch als ‚gay-friendly City‘ oder ‚LGBTIQ-friendly‘ zu positionieren, weil man diese Kunden wollte. Da gab’s schon Marktmechanismen, die ein Interesse hatten an Antidiskriminierung. Sicherlich nicht aus Menschenfreundlichkeit haben riesen Konzerne Anti-Diskriminierungsmaßnahmen eingeführt, nein, sie haben es eingeführt, weil die Angestellten zufriedener sind und eine bessere Leistung bringen, das haben einfach zahlreiche Untersuchungen und Studien gezeigt. Also das war nicht Gutmenschentum, das war reines kapitalistisches Kalkül. Und da passt für mich die Queer-Bewegung sehr gut rein, weil es auch um eine Optimierung des Selbst geht – da würden Queer-Theoretikerinnen und Theoretiker jetzt auch widersprechen, weil es jetzt auch nicht offen so formuliert ist, aber es trägt meines Erachtens zu einer Gewinnmaximierung bei. Das ist auch ein kritischer Blick. Ganz grundsätzlich muss natürlich gewährleistet sein, dass niemand in seiner Selbstverwirklichung eingeschränkt ist; gleichzeitig, wenn ich das auch zum politischen Programm erhebe, liegt meines Erachtens diese Gefahr in dieser Verwirtschaftlichung und in dieser Ausnützbarkeit.“⁹ ■

Caroline Schenk

hat 2018/19 ihren Gedenkdienst im *United States Holocaust Memorial Museum* in Washington D.C. geleistet und leitet seit 2020 gemeinsam mit Christoph Steinberger die Redaktion der Zeitung *GEDENKDIENTST*.

Andreas Brunner

ist Historiker, Ausstellungskurator, Wiener Stadtführer und Co-Leiter des Forschungszentrums *QWIEN – Zentrum für queere Geschichte*.

¹ Alle direkten Zitate in diesem Artikel sind dem angeführten Interview zwischen Caroline Schenk und Andreas Brunner entnommen.

² Hannes Sulzenbacher/Andreas Brunner, *Schwules Wien. Reiseführer durch die Donaumetropole*, Wien 1998, 224.

³ Vgl. <http://www.qwien.at/zentrum-qwien/ueber-uns/> (23.11.2020).

⁴ Der Rosa Winkel diene während der Zeit des Nationalsozialismus dazu, Häftlinge zu kennzeichnen, die aufgrund ihrer Homosexualität in Konzentrationslager deportiert wurden.

⁵ Vgl. §209 StGB, idF BGBl. Nr. 60/1974: 60. Bundesgesetz: Strafgesetzbuch StGB, 676, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPDF/1974_60_0/1974_60_0.pdf (23.11.2020).

⁶ Vgl. §210 StGB, StGB, idF BGBl. Nr. 60/1974: 60. Bundesgesetz: Strafgesetzbuch StGB, 676, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPDF/1974_60_0/1974_60_0.pdf (23.11.2020).

⁷ Vgl. §220 StGB, idF BGBl. Nr. 60/1974: 60. Bundesgesetz: Strafgesetzbuch StGB, 677, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPDF/1974_60_0/1974_60_0.pdf (23.11.2020).

⁸ Vgl. §221 StGB, idF BGBl. Nr. 60/1974: 60. Bundesgesetz: Strafgesetzbuch StGB, 677, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPDF/1974_60_0/1974_60_0.pdf (23.11.2020).

⁹ Vgl. Ulrike Repnik, *Die Geschichte der Lesben- und Schwulenbewegung in Österreich*, Wien 2006, 165–168.

Das Denkmal im Wiener Resselpark

15 Jahre nachdem Homosexuelle NS-Opfer Rechtsanspruch auf Entschädigung erhielten, wurde der Entwurf für das permanente Denkmal für die Opfer der Homosexuellen-Verfolgung während der NS-Zeit vom britischen Künstler Marc Quinn von einer Jury ausgewählt. Mit dem Resselpark wurde ein Ort für das Denkmal gewählt, der eine Verbindung zur LGBTQ-Community aufweist.

„Es ist schwierig, lesbische Orte zu definieren, da erstens einmal von der Verfolgungszahl her doch Lesben 5 % ausmachen, wir haben 1.500 Männer aber 80 Frauen, das ist statistisch dann auch oft schwer einzuordnen und es gibt keine dezidiert lesbischen Orte, aber der Resselpark war ein dezidiert schwuler Ort. Es gab dort eine öffentliche Toilettenanlage, die bei Homosexuellen als Treffpunkt sehr beliebt war und die von der Polizei auch regelmäßig überholt wurde – wie es so schön hieß. Dort wurden zahlreiche Männer festgenommen. Grundsätzlich ist dieser Karlsplatz/Resselpark eine stadtgeografisch sehr interessante Schnittstelle, denn in den 1930er Jahren und auch noch in der Nachkriegszeit zog sich der Naschmarkt ja vor bis dahin wo heute die Kunsthalle steht, wo heute die Bibliothek der Technischen Universität Wien ist. Alles das war noch Marktgebiet, das heißt das Marktgelände ist direkt bis zur Grenze an den 1. Bezirk an die Kreuzung Kärntnerstraße gegangen und war dadurch auch ein Ort einer sehr großen sozialen Durchmischung und auch einer reduzierten sozialen Kontrolle. Es ist ja auch so, dass sich homosexuelle Subkultur dort am besten etablieren kann, wo soziale Kontrolle in einem gewissen Maß aufgehoben oder minimiert ist. Das sind eben der Naschmarkt, Prater, das ist ein ohnehin schlecht beleumundetes Gebiet, wie der Spittelberg, das ja bis in die 1970er Jahre als ‚Hurenviertel‘ gegolten hat – überhaupt die Verbindung Prostitution, also heterosexuelle Prostitution – Homosexualität – wir sehen das immer wieder, dass da eine gewisse Nähe ist, weil sich da eben Freiräume ermöglichen ließen. Und deshalb ist der Resselpark gewählt worden als einerseits sehr zentraler Ort, also verkehrstechnisch günstig gelegen, es kommen dort viele Leute vorbei, es ist ein touristisch gut erschlossener Ort, aber es gibt doch auch diese Anbindung an die Geschichte und an die Verfolgungsgeschichte.“, so Brunner.¹

Mit dem Denkmal, das zwei sanft aufeinander liegende Paare von Händen zeigt, die an den Handgelenken abgeschnitten sind und deren verspiegelte Flächen den Betrachter/die Betrachterin zur Auseinandersetzung mit den Themen gleichgeschlechtlicher Liebe und deren Verfolgung auffordern, hat der britische Künstler Marc Quinn ein Denkmal erschaffen, das einen geschichtlichen Bogen von der NS-Verfolgung bis heute spannt, wenn man bedenkt, dass in Österreich 78 % der gleichgeschlechtlichen Paare aus Angst vor Beleidigung, Bedrohung und Gewalt vermeiden, im öffentlichen Raum Hand in Hand zu gehen.² ■

Caroline Schenk

¹ Das direkte Zitat in dieser Infobox ist dem angeführten Interview zwischen Caroline Schenk und Andreas Brunner entnommen.

² Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights (FRA), *A long way to go for LGBTI equality*, Luxembourg 2020, 27.

CHILE DESPERTO

Chile ist aufgewacht

Über die Proteste in Chile, die während meines Gedenkdiensts im Jahrgang 2019/20 begonnen haben ...

Mein Name ist Doris Reinbacher, ich leistete im Jahrgang 2019/20 einen Gedenkdienst an der Einsatzstelle *Hogar Villa Israel* in Santiago de Chile. Ich begann am 24. August 2019, wenige Zeit später, ab 18. Oktober kam es im ganzen Land Chile zu heftigen Unruhen. Diese dauern bis dato an. Inzwischen wurde auch die Basis für eine neue und verbesserte Verfassung geschaffen. Von den Demonstrierenden selbst wurde die alte Verfassung als *Diktatur des Neoliberalismus* bezeichnet.

Am 18. Oktober 2019 fuhr ich in Santiago de Chile nicht wie gewohnt mit der U-Bahn nach Hause, sondern mit einer mir noch unbekanntem Buslinie. Diese Entscheidung beruhte einzig und allein auf Gründen der Langeweile. Einfach mal anders nach Hause fahren, nicht immer den gleichen Weg nehmen, in einer Stadt, in der ich seit eineinhalb Monaten verweilte. Mit dem Bus sieht man auch mehr von der Gegend, als wenn man mit der U-Bahn fährt, hab ich mir damals gedacht. Langsam fing ich an, mich in dieser Stadt mit sieben Millionen Einwohner*innen richtig einzuleben und zurecht zu finden. Zumindest glaubte ich das damals. Was ich zu diesem Zeitpunkt nicht wusste: Mit der U-Bahn wäre ich an diesem Tag gar nicht nach Hause gekommen. Schon zuvor gab es Proteste von Schüler*innen gegen die Erhöhung des Ticketpreises der U-Bahn, umgerechnet von vier Cent. Etliche Gruppen

von Schüler*innen haben mehrmals die U-Bahn-Stationen gestürmt und versuchten mit Schwarzfahren auch für andere Fahrgäste den Zugang gratis zu machen. Des Öfteren wurden deshalb einzelne U-Bahn Stationen geschlossen, um die Kontrolle über die zahlenden Fahrgäste nicht zu verlieren. „Schwarzfahren ist die neue Art zu kämpfen“, schrieten die Schüler*innen während ihrer Protestaktion. Und auch mein Mitbewohner Roberto hat mir zu verstehen gegeben, dass er mit den Protestierenden sympathisiere, da das öffentliche Verkehrssystem viel zu teuer sei, wie so vieles andere in Chile auch. Verstehen konnte ich das damals noch nicht so ganz, da für mich eine Erhöhung von vier Cent jetzt nicht tragisch war. Auch für gefühlte chilenische Preisverhältnisse war der neue Preis nicht unbedingt eine große Veränderung, gegen die man protestieren müsste. Allerdings blieb ich am Thema sehr interessiert und fragte mich, warum es zu diesen Protesten kam. Wenig später durfte ich innerhalb kürzester Zeit unglaublich viel über das Land Chile lernen! Ich traf mit der Busfahrt an diesem Tag eine unbewusste, aber gute Entscheidung, da die Proteste am 18. Oktober 2019 wortwörtlich explodierten: Zahlreiche U-Bahn Stationen wurden nicht nur von Schüler*innen, sondern von Menschenmassen zum Schwarzfahren gestürmt und bereits geschlossene Stationen wurden aufgebrochen und in Flammen gelegt.

Es blieb nicht allein bei der Zerstörung des U-Bahn-Netzes, dem größten

und modernsten U-Bahnsystem in Südamerika. Es wurden auf den Straßen Linienbusse angezündet, aber auch geparkte Autos brannten aus, Supermärkte und etliche andere Geschäfte wurden demoliert, indem z. B. die Glasscheiben eingeschlagen wurden. In der ganzen Stadt kam es durch Protestierende zu schweren Sachbeschädigungen. Besonders hart traf es die aus den Deutschland stammende Supermarktkette *Lidl*. Mehrere Supermarktfilialen wurden niedergebrannt. Aber auch die weltweit bekannten Ketten, wie *Starbucks* oder *Pizza Hut* als auch ein Pharmaziekonzern aus den USA sowie diverse europäische Autohäuser, wurden zum absoluten Feindbild der chilenischen Bevölkerung bzw. der Demonstrierenden.

Die Menschen kamen tagtäglich mit Kochlöffeln und Pfannen oder Töpfen aus ihren Häusern und klopfen so laut wie möglich einen Rhythmus. Diese Art von Protest nennt man *Cacerolazo* und ist in Südamerika allgemein bei Demonstrationen üblich. Autofahrer*innen hupten solidarisch zu dem von der Bevölkerung Chiles geschlagenen Rhythmus, während sie an protestierenden Gruppen oder brennenden U-Bahn Stationen vorbeifuhren. Meine Wohnung war in einem der sichersten Viertel von Santiago de Chile und trotzdem waren die Hupen der Autos und das Schlagen der Kochlöffel auf Töpfe und Pfannen in meiner Wohnung nicht zu überhören. In sicheren Vierteln von Santiago de Chile ist es grundsätzlich nicht üblich, dass es zu solchen Unruhen kommt. Zu neu-

gierig, um in der Wohnung zu bleiben, ging ich ums Eck von meiner Wohnung zur nächstliegenden U-Bahn Station und konnte live miterleben, wie die U-Bahn Station Ñuñoa von Demonstrierenden aufgebrochen wurde, um diese danach in Brand zu setzen.

Chile desperto

Von diesem Tag an war nichts mehr so, wie ich es von Santiago de Chile zu kennen glaubte. Und bis zu meiner Abreise Monate später sollte sich das auch nicht mehr ändern. Alle Geschäfte, Lokale und U-Bahn Stationen waren geschlossen oder zerstört, der Busverkehr war chaotisch und fiel teilweise ganz aus, die Linienbusse fuhren beschädigt und beschmiert durch die Stadt, das Ampelsystem war größtenteils ruiniert. Die ausgebrannten Autos standen auf der Straße, die Supermärkte und diverse Geschäfte wurden vermehrt mit Holz oder Stahlplatten gesichert und Protestierende fanden sich mit Kochlöffel und Töpfen bzw. Pfannen an jeder Ecke – die Proteste hörten einfach nicht auf. Das Geräusch des *Cacerolazo* werde ich wohl ein Leben lang mit dem Land Chile verbinden, durfte ich es monatelang Tag und Nacht und an jeder Ecke vernehmen. Egal welches Alter, egal welche soziale Schicht, fast die gesamte Bevölkerung Chiles ging auf die Straße, um zu demonstrieren. „Nur die ganz, ganz

Reichen in Chile, die das Land regieren gehen nicht auf die Straße“, wurde mir von Freunden erklärt.

Als wäre diese Art von Protest noch nicht genug, kam es tagtäglich zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und der Bevölkerung auf den Straßen. Waren es anfangs Schüler*innen, die sich dem Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen der chilenischen Polizei aussetzten, bekamen sie baldigst Verstärkung aus allen sozialen Schichten, angefangen bei Kindern im Kindergartenalter bis zu pensionierten Personen im hohen Alter. In den nächsten Tagen wurde es fast alltäglich, in eine Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstrierenden zu geraten und sich vor allem mit Tränengas oder Wasserwerfern konfrontiert zu sehen. Bald setzte die Regierung das Militär auf den Straßen ein, um die Polizei zu unterstützen und die Unruhen in den Griff zu bekommen. Die Regierung erließ nächtliche Ausgangssperren, die strengstens vom chilenischen Militär überwacht wurden. Geschäfte und viele andere Institutionen blieben geschlossen. Mein Mitbewohner machte sich Sorgen um mich, wenn er vermutete, ich wäre in der Nacht nicht zuhause gewesen. „Es ist gefährlich auf den Straßen, du könntest verhaftet werden“, erklärte er mir seine Besorgnis.

Meine Chefin an meiner Einsatzstelle *Hogar Villa Israel* schrieb mir auf WhatsApp, ich solle vorerst für zwei Wochen zuhause bleiben und nur die Wohnung verlassen, wenn es wirklich

notwendig wäre. Es war etwa notwendig, um Lebensmittel zu besorgen. Aber wo und wie war das unter diesen Begebenheiten möglich? Vereinzelt hatten kleine Geschäfte wieder aufgemacht. Die Menschen standen Schlange davor, die Preise wurden von den Besitzer*innen der Läden selbst bestimmt. Es gab keine Übersicht mehr, welchen Preis man für Essen oder Hygieneartikel bezahlte. Die Menschen kauften im Übermaß. Auf den Straßen sah man auch Menschen, die Klopapier in großen Mengen nach Hause trugen. Niemand wusste, wie lange der Zustand andauern würde. Niemand wusste, wie diese Situation ausgehen würde.

In den Augen der älteren Generation konnte ich furchtbare Angst erahnen. Nervös standen sie in der Schlange vor den wenigen geöffneten Läden, um ihre Einkäufe zu erledigen. Sie haben das alles schon einmal erlebt: die nächtlichen Ausgangssperren und das Militär auf der Straße. „Das letzte Mal als das Militär auf der Straße war und es Ausgangssperren gab, war in den Zeiten der Diktatur Pinochets. Es ist eine Taktik des jetzigen Präsidenten Sebastián Piñeras, um die Leute einzuschüchtern, damit er die Bevölkerung unter Kontrolle hat. Auch mein Onkel wurde in der Diktatur Pinochets verhaftet und gefoltert. Aber mein Onkel hat nie darüber gesprochen. Er konnte nicht. Die Traumatisierung war zu groß,“ erzählt Roberto. Er hat mir während der Ausgangssperren etliches zu den Ereignissen erzählt: „Alles ist in Chile privatisiert. ►

Sogar das Wasser. Chile ist das einzige Land der Erde, in dem das Wasser privatisiert wurde. Kindergärten, Schulen, Universitäten, das Gesundheitssystem, das Leben hier ist nicht leistbar, wenn du nicht reich bist.“

Dieses neoliberale System wurde unter der Diktatur Pinochets (1973-1990) beschlossen – die heute gültige Verfassung stammt immer noch aus der Zeit Pinochets. Das hat Chile zwar zu einem der wirtschaftlich stabilsten Länder Südamerikas und zu einem erklärten Vorbild für Nachbarstaaten gemacht, jedoch ist damit auch die Ungleichheit zwischen Arm und Reich rasant angewachsen. Seinen Beginn fand der chilenische Neoliberalismus in den 1970er und 1980er Jahren durch die sogenannten *Chicago Boys*, einer Gruppe von chilenischen Wirtschaftswissenschaftlern, die in Chicago studiert und nach ihrer Rückkehr nach Chile die freie Marktwirtschaft und Privatisierungsmaßnahmen in Chile realisiert hatten. In Zeiten der Diktatur Pinochets konnten sie ihre Vorstellungen der Wirtschaftsreformierungen frei umsetzen und bald galt das Land Chile als wirtschaftsliberales Experiment in Südamerika. Auch andere Gesetze wurden nach dem Ende der Diktatur nie geändert. Die Demonstrierenden kämpften nun zum Beispiel auch für die Rechte des indigenen Stammes der *Mapuche* oder für Frauenrechte. Die feministische Performance *El violador eres tu* (auf Deutsch: Der Vergewaltiger bist du) von *Las Tesis* verbreitete sich bald auf der ganzen Welt. Die chilenische Bevölkerung kämpfte gegen den Kapitalismus, der als eine Form einer neuen Diktatur verstanden wurde, für allgemeine Grund- und Menschenrechte sowie für eine neue Verfassung. „Aber warum dieses viele Feuer?“, fragte ich einen chilenischen Arbeitskollegen, nachdem neben alltäglich geworfenen Molotowcocktails schon wieder ein großes Feuer in der Innenstadt gelegt wurde. Er erklärte mir, dass die *Mapuche* immer mit Feuer gekämpft haben, sogar als die Spanier Chile besetzt hatten. Durch diese Kampfhaltung soll der indigene Stamm der *Mapuche* bis heute überlebt haben. Vor allem das *Costanera Center*, eine Shoppingmall mit vielen internationalen Marken in einem 300 Meter hohen Wolkenkratzer, dem höchsten Gebäude Südamerikas, galt bald als das neoliberale

Symbol in Chile schlechthin und wäre zu gerne von Protestierenden in Flammen gesehen worden. Es wurde ständig von Militär und Polizei bewacht.

Unter der Diktatur Pinochets wurde die chilenische Bevölkerung grausamst unterdrückt. Neben furchtbaren Foltermethoden und allgemeinen Demütigungen sind manche Menschen nach Verhaftungen nie mehr wieder heimgekehrt und einfach verschwunden. Bis heute gelten viele Personen aus der Zeit der Diktatur als vermisst. Das Militär hat in Zeiten der Diktatur bei Hausdurchsuchungen bewusst willkürlich Menschen mitgenommen und Frauen vergewaltigt, damit die Bevölkerung stark eingeschüchtert wird. Im *Museo de la Memoria y los Derechos Humanos*, dem Museum für Erinnerung und Menschenrechte in Santiago de Chile, gibt es neben der Ausstellung über die ungerechte Zeit in der Diktatur unter Pinochet und einer großen Gedenktafel der Opfer auch ein Archiv mit den Daten der Ermordeten samt ihrer Todesursache. „Mein Ex-Freund ist damals kreidebleich aus dem Archiv zurückgekommen, nachdem er erfahren hat, wie seine Studienkollegen umgekommen sind“, erzählte mir Heidi Behn, die ich zufällig in Santiago de Chile kennenlernen durfte.

„Jetzt ist eine neue Generation! Diese Generation ist die Generation ohne Angst! Sie lässt sich nicht von Piñeras Methoden einschüchtern“, erklärte mir wiederum Roberto während einer weiteren Ausgangsperre. „Piñera fordert die Polizei und das Militär dazu auf, so viele Menschen wie möglich zu verhaften, um der Bevölkerung zu vermitteln, sie machen einen guten Job, sie haben alles im Griff. Teilweise werden Menschen in armen Vierteln von der Polizei einfach mitgenommen wie in Zeiten der Diktatur. Sie kommen in dein Haus und nehmen dich einfach mit. Menschenrechte gibt es hier in Chile noch immer nicht. Medien und Polizei manipulieren die Öffentlichkeit.“ Der Mittelpunkt der Demonstrationen spielte sich am *Plaza Italia* ab, der von Demonstrierenden im Laufe der Zeit erobert wurde und in *Plaza Dignidad* (auf Deutsch: Platz der Würde) umbenannt wurde. Dort bekämpften sich Demonstrierende und Polizei von früh bis spät. In der Nähe meiner Wohnung gab es einen weiteren Platz, der bald ein Treffpunkt für Protes-

tierende wurde. Allerdings gab es am *Plaza Ñuñoa* im Gegensatz zum *Plaza Italia*, einen Ort für friedliche Proteste, der jedoch auch nicht von Polizei und Militär, Tränengas, Gummigeschossen und Wasserwerfern verschont wurde. Das Ausmaß von Gewalt, Unterdrückung und Korruption war tagtäglich zu spüren. Auf der Straße begegnete ich einer Frau, die ihr rechtes Auge mit der Hand zuhielt, während sie bei einem Polizeiauto vorbeilief. Ich sah sie fragend und besorgt an. Sie zwinkerte mir zu und nahm die Hand vom Auge sobald sie beim Polizeiauto vorbeigelaufen war. Ich erfuhr wieder von Freunden, dass die Polizei mit ihren Gummigeschossen bewusst auf die Augen der Demonstrierenden zielte. Solidarisch mit den Menschen, die am Auge verletzt wurden und wahrscheinlich an einem Auge blind bleiben werden, halten Leute eine Hand vor ihr Auge, wenn sie die Polizei erblicken.

„Doris, du bist genau zur richtigen Zeit nach Chile gekommen, um dieses Land so kennenzulernen, wie es wirklich ist!“, meinte Ruben Preiss Tuchschneider. Ruben durfte ich privat in Santiago de Chile kennenlernen. Als Jude musste er nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs im März 1938 flüchten, überlebte den Holocaust und lebt seither als Jude in Chile. Und er hat wahrscheinlich Recht. Ich habe jetzt das Gefühl, unglaublich viel über dieses Land zu wissen, in dem ich im Grunde nur ein paar Monate meines Lebens verbracht habe!

Inzwischen haben die Proteste in Chile den Weg zu einer neuen Verfassung geebnet. „Es ist trotzdem noch ein langer Weg, bis die Ziele erreicht sind!“, lässt Roberto trotz Feierlaune nüchtern in einer Textnachricht an mich durchsickern. Der Präsident Sebastián Piñera wird also weiterhin noch eine Weile von Demonstrierenden als *Piñechet* oder *Piñeraña* bezeichnet werden.

Ich wünsche der Bevölkerung Chiles von Herzen nur das erdenklich Beste – habe ich doch monatelang Tag für Tag mit ihnen mitgefiebert. ■

Doris Reinbacher

Leistete im Jahrgang 2019/20
Gedenkdienst an der Einsatzstelle *Hogar Villa*
Israel in Santiago de Chile.

Die Proteste in Chile 2019/20

Hintergrund und Folgen

Der 18. Oktober 2019 markierte den Beginn anhaltender, teils gewalttätiger Unruhen in Chile, ausgelöst durch eine Preiserhöhung der Fahrkarten im öffentlichen Nahverkehr um 30 Pesos (entspricht ca. vier Eurocent). In dieser Nacht kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen: Die Protestierenden brannten U-Bahn Stationen, Autos, Geschäfte, etc. nieder und es kam zu Plünderungen. Daraufhin setzte die Regierung unter Präsident Sebastián Piñera von der gemäßigt rechten Partei *Renovación Nacional* die Polizei und das Militär gegen die Proteste ein. Als Folge darauf kam es zum ersten Mal seit der Militärdiktatur unter Augusto Pinochet (1973 - 1990) zu Ausgangssperren, die vom patrouillierenden Militär kontrolliert wurden. Die Preiserhöhung der Fahrkarten wurde zwar zurückgenommen, allerdings konnte die Regierung die Proteste mit diesen Maßnahmen nicht eindämmen. Weitere Forderungen, gegen die soziale Ungleichheit im Land vorzugehen, wurden laut.

Chile zählt im regionalen Vergleich zwar zu den wohlhabenderen Ländern, zugleich aber auch zu jenen mit der größten sozialen Ungleichheit: Zwei Drittel der Bevölkerung zahlen allein ein Fünftel ihres Gehalts für das Pendeln zur Arbeit. Hinzu kommt, dass Bereiche der Grundversorgung zum Teil privatisiert sind. Auch die Ausgaben für Gesundheitsbelange und Bildung sind sehr hoch.¹ Die Protestierenden verlangten neben einer Reform des neoliberalen Wirtschaftssystems eine Reform der Verfassung, welche die 1980 unter Pinochet erlassene Verfassung ablösen sollte. Die Militärdiktatur unter Pinochet legte die Rahmenbedingungen für die heutige soziale und politische Krise in Chile fest: Gewalttätige, staatliche Repression, gepaart mit unzähligen Menschenrechtsverletzungen und die Realisierung der neoliberalen Wirtschaftspo-

litik durch die *Chicago Boys*.² Dabei handelte es sich um eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, die an der University of Chicago unter Milton Friedman und Friedrich August von Hayek studiert hatten. Um die aus der Regierungszeit des Sozialisten Salvador Allendes (1970–1973)³ stammende Inflation zu senken, wurden einerseits Sozialleistungen und öffentliche Ausgaben gekürzt, andererseits die Wirtschaft Chiles für ausländische Kredite und Investitionen geöffnet. Die *Chicago Boys* sahen den freien Markt als neutrale Regulierungskraft – dadurch entstehende soziale Ungleichheiten wurden in Kauf genommen, weil die Ungleichheiten ihren Ansichten nach durch einen ‚neutralen und damit gerechten Mechanismus‘ zustande kommen würden.⁴

Am 14. November 2019 erreichten die Proteste einen vorläufigen Höhepunkt, als sich beinahe alle politischen Parteien einigten, eine neue, demokratische Verfassung zu ermöglichen. Das ursprünglich für April 2020 geplante Referendum musste aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben werden. Am 25. Oktober 2020 gaben schließlich mehr als sieben Millionen Chileninnen und Chilenen ihre Stimme ab. 78 % stimmten für eine neue Verfassung und rund 79 % für einen Verfassungskonvent – eine gewählte Versammlung zur Vorbereitung einer neuen Verfassung.⁵ Dieser Verfassungskonvent wurde zwischen 15. und 16. Mai 2021 gewählt und setzt sich zu je 50 % aus Frauen und Männern zusammen. Aus den Wahlen gingen unabhängige und linke Kandidatinnen und Kandidaten als Sieger*innen hervor.⁶ Die 155 Mitglieder des Verfassungskonvents haben nun die Aufgabe, eine neue Verfassung zu schreiben, über die 2022 abgestimmt werden muss. Die neue Verfassung ersetzt dann jene noch aus der Zeit der Mili-

tärdiktatur Pinochets stammende Verfassung. ■

Caroline Schenk

hat 2018/19 ihren Gedenkdienst im *United States Holocaust Memorial Museum* in Washington D.C. geleistet und leitet seit 2020 gemeinsam mit Christoph Steinberger die Chefredaktion der Zeitung *GEDENKDIENTST*

¹ Vgl. <https://www.bpb.de/dialog/297813/oktober-2019?p=7> (07.06.2021).

² Vgl. Stephan Ruderer, „Chile desperto“. Die Proteste in Chile Ende 2019 als Konsequenzen einer rechten Politik im linken Gewand, in: Patrick Eser/Jan-Henrik Witthaus, Hg., *Rechtswende in Lateinamerika. Politische Pendelbewegungen, sozio-ökonomische Umbrüche und kulturelle Imaginarien in Geschichte und Gegenwart*, Wien/Berlin 2020, 200-222.

³ Allende wurde am 11. September 1973 unter der Führung von Augusto Pinochet vom chilenischen Militär gestürzt und nahm sich das Leben.

⁴ Vgl. Ruderer, *Proteste*, 206f.

⁵ Vgl. <https://orf.at/stories/3186751/> (07.06.2021).

⁶ Vgl. <https://amerika21.de/2021/05/250653/wahlen-verfassung-chile-linker-erfolg> (07.06.2021).

DREI VERABSCHIEDUNGEN UND EIN WILLKOMMEN

Der Weg zum gedeckten Tisch führt an schon bunt bemalten Flipcharts vorbei, die durch ihre selbstbewusste Positionierung mitten im Wohnzimmer dem Redaktionsmitglied bedeuten, dass es hier nicht nur um den Hummus geht. Die Augen auf die Falafel gerichtet, stolpern die Sitzungsteilnehmer*innen über Stapel alter Zeitungsausgaben, die zum Studium der eigenen Geschichte einladen. Während immer mehr Neuankömmlinge mit Brot, Saft und seit dem letzten Treffen erlebten Geschichten auf den Lippen in die Wohnung strömen, lümmeln in der Küche die verrauchten Gestalten, die hier seit dem späten Nachmittag schon „andere Vereinssachen [und ähnlich Konspiratives, Anm.]“ besprechen. „Nur noch schnell was ausdrückend“, balanciert Jutta in ihrer Wohnung als Gastgeberin spielend-gestresst zwischen den Höhen und Niederungen des Vereinslebens. Der Übergang vom gemeinsamen Essen zu produktiver Redaktionssitzung gestaltet sich fließend und wäre da nicht dieser super Ziegenkäse, der immer noch so gut schmeckt, wenn die Teller schon abgeräumt sind, wer weiß, ob die nächste originelle Idee für die Schwerpunktausgabe wirklich so originell ausgefallen wäre. Chefredakteurin einer ehrenamtlichen Redaktion zu sein, bedeutet nicht nur aktuelle Forschungsdebatten zu überblicken, verschiedene Persönlichkeiten mit ihren Expertisen zu vereinen und viel zu viele Deadlines zu überwachen, sondern vielleicht vor allem, einen Rahmen zu schaffen, in dem sich alle willkommen und informiert genug fühlen, an so einem Projekt zu partizipieren. Jutta Fuchshuber ist das mit einer Selbstverständlichkeit gelungen, als wäre es ihre zweite Haut.

Einen Nachruf auf gleich mehrere Chefredakteur*innen zu verfassen, ist ein Balanceakt zwischen Strukturgeschichte

und Biographieforschung. Seit sich 2010 die Zeitungsredaktion als Arbeitsgruppe des Vereins konstituierte, haben sich die Aufgaben und Strukturen immer wieder den Persönlichkeiten angepasst. Da sind zum einen die *longue durée* Redaktionsmitglieder, zum anderen die ereignisgeschichtlichen Redaktionsmitglieder, die für eine Umbruchphase die Zeitung bereichern. Die Chefredaktion ist die Historikerin, die die verschiedenen Elemente nützt, um ihre eigene Geschichte damit zu schreiben. Jutta Fuchshuber ist hierfür das beste Beispiel, da sie in den wechselvollen Jahren ihre Aufgabe immer wieder unterschiedlich interpretierte und anderen ihren Stift überließ. Als relativ frischgebackene Magistra, die zum Thema Enteignungen von Handelsunternehmen während der NS-Zeit ihr Studium abgeschlossen hatte, übernahm sie ab der Ausgabe 4/2013 gemeinsam mit Sarah Knoll die Chefredaktion. Zwischen der Ausgabe 3/2015 und 4/2017 hatte Jutta Fuchshuber alleine die Position inne, bis sie Pauli Aro mit ins Boot holte. Sarah, ÖAW-Stipendiatin und Dissertantin am Institut für Zeitgeschichte zum Thema Österreich und die Kommunismusflüchtlinge (1956–1989/90), ist uns dankenswerterweise bis heute als Redaktionsmitglied erhalten geblieben [und bringt den Hummus frisch vom Naschmarkt, Anm.].

Pauli Aro, der seinen Master Zeitgeschichte in Wien abschloss, war unsere große Zukunftshoffnung, sein Doktoratsstudium an der European University in Florenz zum Thema sogenannter ‚volksdeutscher‘ Flüchtlinge in Nachkriegsösterreich beendete jedoch sein Intermezzo als Chefredakteur jäh. Die Redaktion möchte ihm dennoch für die gemeinsame Zeit danken und beneidet ihn innig für seine Alltagsfahrten auf der Vespa. Inzwischen um viele zeithistorische Projekte und eine Zeit als Vizeobfrau des Vereins GEDENKDIENTST reicher, entlassen wir schweren Herzens schließlich auch Jutta aus ihrer Funktion in eine Zukunft, in der sie einer politisch-historisch denkenden Community in Wien sicher nicht verloren gehen wird.

Glücklicherweise ist dies nicht nur ein Abschiedstext, sondern darf mit einem Willkommen für Christoph Steinberger enden. Christoph ist frisch in Wien, absolvierte seinen Gedenkdienst in Chania auf Kreta und beginnt mit viel Elan sein Studium der Geschichte und des Portugiesischen. Der frische Wind ist spürbar und die Redaktionsmitglieder, vor allem die aus 2010, wappnen sich schon für das, was kommen wird. Wir sind uns sicher, dass alle vorhergegangenen Chefredakteur*innen ein Erbe hinterlassen haben, auf das sich bauen lässt.

Wir sind uns auch sicher, dass Christoph und alle neuen zukünftigen Mitarbeiter*innen – auch die, die es noch gar nicht wissen – sich deswegen von keinem Pflichtgefühl blenden lassen, sondern, wenn es besser erscheint, einfach einen Tunnel graben. ■

Lukas Dünser

Redaktionsmitglied der Zeitung
GEDENKDIENTST seit 2010.



1 Jutta Fuchshuber

2 Sarah Knoll

3 Pauli Aro

4 Christoph Steinberger

Post aus... London

London, April 2019

Mittlerweile sind neun Monate vergangen, seit ich meine Tätigkeit als Gedenkdienstleistender in London aufgenommen habe und mit jedem Tag, den ich hier verbringe, bin ich mehr der Überzeugung, dass es wohl keine bessere Einsatzstelle für mich gegeben hätte. Die Arbeitsbereiche der beiden Stellen JW3 – Jewish Community Centre London und Holocaust Memorial Day Trust (HMDT), an denen ich tätig bin, sind sehr unterschiedlich und somit kann ich Erfahrungen in den verschiedensten Bereichen sammeln.

Bei der Charity *Holocaust Memorial Day Trust* lebe ich den Traum vieler, denn ein großer Teil meiner Arbeit besteht aus dem Recherchieren, was mir viel Spaß macht. Dadurch habe ich viel über den Holocaust und andere Genozide gelernt, was mir aber auch gezeigt hat, wie unzureichend meine Schulbildung in diesem Bereich war. Die Arbeitsatmosphäre mit Kollegen und Kolleginnen ist angenehm und ich wurde mit offenen Armen aufgenommen. Meine andere Arbeitsstelle JW3 – *Jewish Community Centre London* ist ein jüdisches Kultur- und Gemeindezentrum. Hier habe ich das große Privileg, mit vielen Überlebenden des Holocaust zusammenzuarbeiten. Ich habe nicht nur Geschichten von ihnen gehört, sondern hatte im Laufe der Zeit auch die Möglichkeit, eine freundschaftliche Beziehung zu

ihnen aufzubauen. Ich habe viel von ihnen gelernt. Sie haben die schlimmsten Gräueltaten überlebt und sich trotzdem, in fremden Ländern und auf sich alleine gestellt, eine Existenz aufgebaut. Immer noch stehen sie ein ums andere Mal auf, um ihre Geschichte zu erzählen, damit niemals in Vergessenheit gerät, was passiert ist. Diesem Anspruch versuche auch ich gerecht zu werden. Alles, was ich gesehen, gehört und erfahren habe, möchte ich nach meinem Jahr weitertragen. ■

Nicolas Lang

Leistete im Jahrgang 2018/19 Gedenkdienst am JW3 – *Jewish Community Centre London* und am *Holocaust Memorial Day Trust* (HMDT).

Post aus... Fürstenberg an der Havel

Fürstenberg an der Havel, Februar 2019

Ab Mai 1938 ließ die SS an einem wunderschönen See, irgendwo in Brandenburg, ein KZ bauen. Es handelte sich um das ehemalige Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, in dem über 130.000 Frauen sowie circa 20.000 Männer inhaftiert wurden und Zwangsarbeit leisten mussten. Ich mache hier meinen Gedenkdienst in der pädagogischen Abteilung der Gedenkstätte. Das Ziel meiner Kolleg*innen und mir ist es, die Geschichte dieses Ortes vor allem Jugendlichen in Form von Rundgängen, Workshops und mehrtägigen Seminaren näher zu bringen. Gleichzeitig hauchen wir der Gedenkstätte Leben ein: Schul-

klassen gehen ein und aus, die Guides laufen bei jedem Wetter über das Gelände, die Reinigungskräfte beschwerten sich über die leeren Mate-Flaschen, die sich auf deinem Arbeitsplatz stapeln und du bist überall irgendwie dabei. Phasenweise gestaltet sich mein Arbeitsalltag chaotisch und spannend und dann wieder gelassen und ruhig. Denn wenn im Winter mal keine Veranstaltung stattfindet und keine Schulklasse das Gelände erkundet, bieten sich mir Freiräume, um Rechercheaufträgen und der eigenen Auseinandersetzung mit dem Ort nachzugehen. Wie man hier seine Rolle als Gedenkdienstleistender in den pädagogischen Diensten wahrnimmt, ist stark von den eigenen Interessen abhängig. Das heißt, dass ich mir ziemlich frei aussuchen kann, ob ich mich selbst

bei einem Seminar vor die Jugendlichen stellen möchte oder ob ich mich lieber bei der inhaltlichen Konzeption diverser Projekte einbringe. Seit ich hier bin, fanden auch schon mehrere hoch interessante und berührende Gespräche mit Zeitzeug*innen statt.

Ich bin super froh, die Entscheidung getroffen zu haben, hier zu sein. Denn ich lerne unglaublich viel, meine Kolleg*innen sind echt cool drauf und Berlin, wo ich wohne, ist auch nicht gerade langweilig. ■

Anton Spevak

Leistete im Jahrgang 2018/19 Gedenkdienst an der *Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück* in Fürstenberg an der Havel.

DER JAHRGANG 2019/20



HINTEN VON LINKS NACH RECHTS:

Dorian Kriechbaum (*Anne Frank Stichting, Amsterdam*), **Elias Walter** (*Państwowe Muzeum na Majdanku, Majdanek*), **Emil Tripamer** (*Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin*), **Maxime Gisinger** (*Leo Baeck Institute, Jerusalem*), **Jonas Baumgartner** (*Etz Hayyim Synagogue, Chania*), **Kilian Feurstein** (*Anita Mueller Cohen Elternheim, Tel Aviv*), **Simon Waldhör** (*Internationale Jugendbegegnungsstätte, Terezín / Theresienstadt*), **Clemens Schnettgen** (*Institut Theresienstädter Initiative, Prag*), **Nikola Huss** (*Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau, Oświęcim*).

ZWEITE REIHE VON LINKS NACH RECHTS:

Vincent Ballweber (*United States Holocaust Memorial Museum, Washington, DC*), **Hannah Roth** (*Yad Vashem, Jerusalem*), **Christian Grohs** (*JW3 – Jewish Community Centre / Holocaust Memorial Day Trust, London*), **Milena Klien** (*Scuola di Pace di Monte Sole, Marzabotto*), **Sarah Sophia Minatti-Krauhs** (*Leo Baeck Institute, New York*), **Yunadi Baydulaev** (*Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Fürstenberg an der Havel*), **Anna Pietsch** (*Ghetto Fighters' House Museum, Akko*), **Matthias Gröller** (*Vilna Gaon State Jewish Museum, Vilnius*), **Franziska Winkler** (*Leo Baeck Institute, New York*).

ERSTE REIHE VON LINKS NACH RECHTS:

Mona Abdel Baký (*AFI – Hogar Hirsch, Buenos Aires*), **Doris Reinbacher** (*Hogar Villa Israel, Santiago de Chile*), **Katharina Wurzinger** (*Anne Frank Zentrum, Berlin*).

EMPFANG DES BUNDESPRÄSIDENTEN ZUR VERABSCHIEDUNG DER GEDENKDIENTSTLEISTENDEN DES JAHRGANGS 2019/20 IM JULI 2019

Alexander Van der Bellen im Kreise der Gedenkdienstleistenden sowie Mitarbeiter*innen des Vereins GEDENKDIENTST.





Italiener auf dem Balkan.

Besatzungspolitik in Jugoslawien 1941–1943

Karlo Ruzicic-Kessler, De Gruyter Oldenbourg, Berlin / Boston, 2017

Nachdem das Deutsche Reich 1941 das damalige Königreich Jugoslawien okkupiert hatte, wurde auch das mit Deutschland verbündete Italien zur Besatzungsmacht. Lange Zeit wurden die Hergänge und Folgen der italienischen Besatzung auf dem Balkan jedoch nicht aufgearbeitet. Schlussendlich dauerte es etwa 50 Jahre, bis die ersten Monographien über diese komplexe Thematik publiziert wurden. Eine der jüngsten Publikationen ist *Italiener auf dem Balkan*. Darin beschreibt der Historiker Karlo Ruzicic-Kessler die aus der Besatzungszeit resultierenden Interessenskonflikte, Beziehungsnetze und militärischen beziehungsweise verwaltungstechnischen Auswirkungen.

Auf etwa 350 Seiten wird ein umfassendes Bild der Wechselwirkungen von den verschiedenen Politiken der rivalisierenden faschistischen Besatzungsmächte Italien und Deutschland gezeichnet und Einblicke in die Verhältnisse zu Feinden und Verbündeten gegeben. Unter anderem wird die Beziehung der Achsenmächte zum Vasallenstaat Unabhängiger Staat Kroatien (USK), dessen faschistische *Ustaša-Regierung* auf maximale Autonomie pochte und politisch eine besondere Stellung einnahm, beleuchtet. Zudem wird die Vielzahl an heterogenen Maßnahmen und politischen (Re-)Aktionen als Folge der verschiedenen Verwaltungsformen in den Besatzungsgebieten untersucht. Ein weiterer großer Nährboden für diplomatische Unstimmigkeiten sowie auch kriegerische Auseinandersetzungen war das stark angespannte Verhältnis der Bevöl-

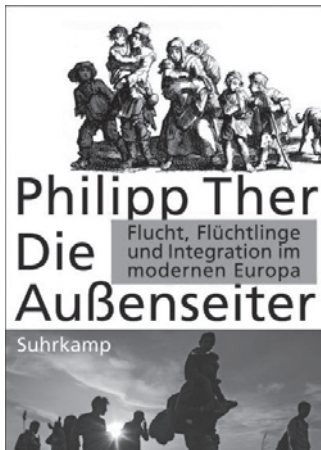
kerungsgruppen untereinander, welche unterschiedlich ideologisch motiviert waren. Einen abschließenden Blick wirft der Autor auf den Umgang Italiens mit dessen Kriegsverbrechern und der (fehlenden) Aufarbeitung der Geschehnisse nach Kriegsende.

Insgesamt wird die Besatzungszeit in einen durchaus weit gefassten Kontext der Vorkriegsgeschichte gesetzt. Beim Lesen ohne breites Vorwissen über die Geschehnisse erweist sich dies als sehr hilfreich. Dankbar blickt man auch auf die abgedruckte Landkarte, die die Besatzungsgebiete optisch veranschaulicht. Ohne den einen oder anderen Blick darauf, ist es ein Leichtes, die geographische Übersicht über all die komplexen und über verschiedene Zonen reichenden Geschehnisse zu verlieren.

Trotz der Karte und dem strukturierten Aufbau ist das Lesen mancher Textpassagen aber mit der Herausforderung verbunden, den Überblick über die vielen Geschehnisse und deren Kontexte zu behalten. Hierbei muss auch erwähnt werden, dass viele Passagen sehr detailliert beschrieben werden. Als sehr beachtenswert erweist sich die Vielzahl an verwendeten Quellen, welche primär in italienischer Sprache sind.

Das Buch ist die erste deutschsprachig erschienene Forschung zu dem Themengebiet, mit dem Anspruch, die davor bestehende Lücke allmählich zu füllen. Als Lesende und Lesender gewinnt man den Eindruck, dass diese Lücke sehr umfangreich befüllt wurde. ■

Florian Baumgartinger



Die Außenseiter.

Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa

Philipp Ther, Suhrkamp, Berlin 2017

„Entgegen aller Integrationsängste waren Flüchtlinge (und andere Migrant*innen) historisch betrachtet fast immer eine Bereicherung für die Länder, die sie aufnahmen, und ein Motor wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen.“ (S. 32) – Diese Grundannahme liegt Philipp Thers 2017 erschienenem Buch *Die Außenseiter* über Flucht und Integration im modernen Europa zugrunde. Eines seiner wesentlichen Anliegen ist es, mit dem Buch an das Potential von Fluchtbewegungen zu erinnern. Dem folgend befasst sich das Werk nicht nur mit den Gründen, die Menschen zur Flucht zwangen, sondern insbesondere mit der Integration in der neuen Heimat, denn „Integration hat sich als besseres Mittel zur Lösung vermeintlicher oder tatsächlicher Flüchtlingskrisen erwiesen als der meist vergebliche Versuch, Mauern und Zäune zu bauen“ (S. 11), so das Plädoyer.

Den Bogen spannt Ther dabei vom Jahr 1492, als im Zuge der Reconquista spanische Truppen das letzte muslimische Königreich auf der iberischen Halbinsel eroberten und die folgenden Gesetze zur Zwangskonversion von Jüdinnen und Juden sowie Muslim*innen Tausende in die Flucht trieben, bis zum Jahr 2015 und dem syrischen Bürgerkrieg. Geographisch wird dabei auf Europa fokussiert, wobei der Autor die europäische Grenze bzw. den Eurozentrismus bereits in der Einleitung kritisch hinterfragt. Er plädiert hier für eine Erweiterung des Blicks auf die europäische Geschichte um die Nachbarräume – das Mittelmeer, den Atlantik, die asiatischen Gebiete der ehemaligen Sowjetunion bzw. des russischen Reichs. Gleichzeitig betont Ther, dass Flucht und Flücht-

linge europäische Ursprünge haben. So hat der Begriff *refugee* seine Wurzeln in der Verfolgung der Hugenotten in Frankreich, der in Europa ausgetragene Erste Weltkrieg machte Flucht zu einer globalen Herausforderung und bis in die späten 1950er-Jahre war Europa insbesondere als Folge des Zweiten Weltkriegs mit umfangreichen Fluchtbewegungen konfrontiert (S. 21). Der Eurozentrismus in Flüchtlingsfragen spiegelte sich auch in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 wider, die bis zum Zusatzprotokoll von 1967 eine Einschränkung auf Europa enthielt.

Ther gliedert sein Buch in vier Abschnitte, die einer topologischen Ordnung folgen. Er erzählt somit nicht die Geschichte von Flucht und Integration in einer durchgängigen chronologischen Darstellung, vielmehr geht jeder Abschnitt von einer bestimmten Fluchtursache aus. So behandelt der erste Abschnitt Flucht vor religiöser Intoleranz, gefolgt von Flucht vor Nationalismus und schließlich politische Flüchtlinge. Der vierte Abschnitt weicht schlussendlich etwas vom gewohnten Schema ab und beschäftigt sich mit der Integration und der gesellschaftlichen Angst vor Außenseitern. Hier liegt der Schwerpunkt der Analyse insbesondere auf Deutschland und der Autor geht verstärkt auf die Frage der Integration der sogenannten ‚Gastarbeiter*innen‘ ein.

Jeder Abschnitt folgt seiner eigenen Chronologie und beginnt zu einem neuen Zeitpunkt. Diese Darstellungsform ist zwar zu Beginn ungewohnt, bietet jedoch die Möglichkeit, auf Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Frage nach Flucht und Integration fernab gewohnter historischer Grenzen aufmerksam zu werden. Dies ist ein durchaus erfrischend neuer

Zugang, der es schafft, Flucht in einem größeren Rahmen fassbar zu machen.

Eine zentrale Stärke des Buches sind zudem die in die Kapitel eingewebten individuellen Flüchtlingsporträts oder Darstellungen maßgeblicher Akteure beim Umgang mit Fluchtbewegungen (Bsp. *United Nations High Commissioner for Refugees*, UNHCR), die um eine Bleistiftzeichnung ergänzt wurden. Diese Darstellungsform schafft das, was die meisten Medien, aber vor allem die Politik in vielen Fällen heute vermissen lassen: Sie geben den Geflüchteten ein Gesicht und eine eigene Geschichte. Denn Flüchtlinge sind Menschen mit individuellen Schicksalen und – so banal das klingen mag – Namen. Ther schafft es durch diese gewählte Darstellungsform, sie zu eigenständigen Akteur*innen zu machen und die Analyse von Fluchtbewegungen, um die notwendige individuelle Ebene zu erweitern.

Der umfangreiche zeitliche Rahmen und die Fülle an Details zu den einzelnen Fluchtbewegungen mögen die Leser*innen zunächst etwas überfordern, tun jedoch der Qualität des Buches keinen Abbruch – im Gegenteil. Gerade der dichte Informationsgehalt bietet die Möglichkeit zu verstehen, dass die Ereignisse seit 2015 kein neues Phänomen sind. Das moderne Europa war, ist und wird immer mit den Herausforderungen von Flucht konfrontiert sein. Thers Buch ist damit allen zu empfehlen, die mehr über diesen wesentlichen Teil der europäischen Geschichte wissen wollen. Besondere wissenschaftliche Vorkenntnisse sind zum Verständnis nicht nötig. ■

Sarah Knoll



Unbeugsam & Unbequem.

Debatten über Handlungsräume und Strategien gegen die extreme Rechte

Kathrin Glösel / Hanna Lichtenberger,
UNRAST Verlag, Münster 2018

Der Amtsantritt der ÖVP-FPÖ-Regierung im Dezember 2017 und die unmittelbar darauffolgenden Entwicklungen in Richtung rechts – vom 12-Stunden-Tag bis hin zu immer unverhüllterem Rassismus – waren Anstoß für eine Reihe an Debatten. Diskutiert wurden die Gründe für den zunehmenden Erfolg rechtsextremer Ideologien und die Frage, was einem weiteren Aufstieg autoritärer und antiemanzipatorischer Kräfte entgegengestellt werden könne. Hanna Lichtenberger und Kathrin Glösel versuchen im vorliegenden Band, diese Debatten um mögliche Strategien gegen die extreme Rechte nachzuzeichnen. Dabei verfolgen sie nicht das Konzept, eine tiefgreifende theoretische Analyse zu liefern, sondern bilden vielmehr verschiedene Standpunkte aus der konkreten politischen Praxis ab.

Zu Wort kommen Expert*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen aus verschiedensten Bereichen. Die behandelten Themenfelder reichen von Recherche und Dokumentation rechtsextremer Vorkommnisse, journalistischer Arbeit, Straßen-Aktivismus, Aktivismus im Internet bis hin zur politischen Bildung, Sozialarbeit und (Partei-)Politik. Spannend an dem Buch ist das gewählte Format. Denn statt eines fortlaufenden Textes nimmt das Buch die Form eines Gesprächs an, bei dem mehrere Personen sich über ihre Erfahrungen in der alltäglichen Arbeit, die dabei auftretenden Herausforderungen und unterschiedliche Strategien zur Bewältigung austauschen. Die Autorinnen agieren als Moderation der Gespräche und schaffen es dabei, die verschiedenen Themenfelder nicht völlig isoliert voneinander zu betrachten, sondern immer wieder in

Zusammenhang zueinander zu setzen. Der Nachteil dieser Form ist lediglich, dass – wie auch bei realen Diskussionen – nicht jede und jeder DiskutantIn gleichermaßen zu Wort kommt, wodurch einige Argumente nur kurz angeschnitten werden können.

Am Ende jedes Kapitels findet sich eine kompakte Zusammenfassung der zentralen genannten Punkte und weiterführende Quellen, die für all jene, die selbst aktiv werden wollen, als Ausgangspunkt dienen können.

Das Besondere an *Unbeugsam & Unbequem* ist vor allem seine consequente Praxisnähe. Das Buch macht sichtbar, was bereits alles an antifaschistischer Arbeit geleistet wird. Damit kann das Buch als Ressource betrachtet werden, die jenen, welche dem Erstarken der extremen Rechten etwas entgegensetzen wollen, einen sinnvollen Einstieg in aktuelle Debatten bietet. Aber auch Personen, die sich bereits länger im antifaschistischen Umfeld bewegen, kann dadurch ein Einblick in andere Positionen ermöglicht werden.

Nicht alle aufgeworfenen Fragen können abschließend beantwortet werden und die Gesprächspartner*innen vertreten teilweise höchst verschiedene Ansichten, wie der *Kampf gegen Rechts* momentan gefochten werden soll. In dieser Hinsicht ist es auch eine Leistung des Buches, dass die politische Lage keineswegs beschönigt wird, sondern auch Konfliktlinien und Momente der Ohnmacht thematisiert, und damit greif- und bearbeitbar gemacht werden. ■

Teresa Petrik

Impressum

GEDENKDIENTST Zeitung 1/2020

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Florian Baumgartinger, Nadine Dimmel, Lukas Dünser, Matthias Gröller, Johann Kirchknopf, Nicolas Lang, Sarah Knoll, Doris Reinbacher, Teresa Petrik, Caroline Schenk, Matthias Spadinger, Anton Spevak, Elias Walter

Chefredakteur: Christoph Steinberger

Lektorat: Jutta Fuchshuber, Leander Perz, Caroline Schenk, Katharina Hadassah Wendl

Redaktion: Pauli Aro, Nadine Dimmel, Lukas Dünser, Jutta Fuchshuber, Fritz Kainz, Johann Kirchknopf, Leander Perz, Caroline Schenk, Christoph Steinberger, Sara Vorwalder

Layout: Florian Kriegner

Druck: simply more, Wien

Erscheinungsort: Wien

Auflage: 3.000

Preis: 0,75 Euro

Abbildungsnachweise:

S. 18: 1 Sara Vorwalder, 2 Sarah Knoll, 3 und 4 Verein GEDENKDIENTST, S. 20: Verein GEDENKDIENTST, S. 21: Peter Lechner/HBF

Änderungen der Offenlegung:

„Die vierteljährlich erscheinende Zeitung *GEDENKDIENTST* ist Organ des Vereins *GEDENKDIENTST* – Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog. Sie befasst sich in erster Linie mit Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus sowie dessen Ursachen und Folgen; darüber hinaus auch mit Faschismus, Rassismus und Antisemitismus. Dabei stehen die Rolle Österreichs im Nationalsozialismus und die daraus resultierenden Entwicklungen im Mittelpunkt des Interesses. Zudem dokumentiert *GEDENKDIENTST* die Aktivitäten des Vereins.“

Vorstand: Matthias Spadinger (Obmann), Nadine Dimmel (Stv. Obfrau), Leander Perz (Schriftführer), Katharina Hadassah Wendl (Stv. Schriftführerin), Laurin Neidhart (Kassier), Vincent Ballweber (Stv. Kassier), Anna Pietsch (Stv. Kassiererin), Mona Abdelbaky, Tobias Aigner, Yunadi Baydulaev, Caroline Schenk, Elias Walter